

Topthema



- 4 Schlangestehen fürs Studium
 Die fiktive Studentin Simone M. im Jahr 2012
- 8 Die Lage ist bedrohlich Der Reformprozess und die chronische Unterfinanzierung der Universitäten
- **10 Die Wirtschaft als Ratgeber**Wissenschaftsminister Peter Frankenberg im Interview über die Ausbaupläne der Landesregierung

- **12 Bildungsreform von Grund auf**Wie sich die deutsche Wirtschaft das Bildungssystem wünscht
- **14 Weder Masse noch Exzellenz**Eine Analyse der deutschen Hochschulmisere
- 16 In unruhigen Gewässern Wie die Universität ihre Probleme in den Griff kriegen könnte
- **18 Spender und Sponsoren finden** Über das erfolgreiche Anzapfen privater Geldquellen
- 20 »Ich bin ein bisschen optimistisch, was den Föderalismus angeht«
 Ferdinand Kirchhof über die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulen
- **22 Zurück auf die vorderen Plätze!**Was der Arbeitsmarkt von den Hochschulen verlangt



Was tun, wenn eine unbekannte Art dabei ist? Von der Mühsal neuer Entdeckungen

Forschung > ab Seite 26



Faszinierte mit großer Themenvielfalt: Die dritte »Tübinger Sommeruniversität«

Studium und Lehre > ab Seite 30



125 Jahre Musikwissenschaft: Emil Kauffmann gilt als ihr Begründer **Unikultur** > ab Seite 34



Um den guten Ton besorgt: Medientechnikerin Margrit Paal im Einsatz

Porträt > Seite 40



Wechsel im Rektorat: Die Amtskette wird weitergereicht

Forum > Seite 45

Das Reservoir voll ausschöpfen

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt haben wir es einmal mehr schwarz auf weiß: Deutschland bildet nach wie vor zu wenig Akademiker und Abiturienten aus, wie der Bildungsbericht 2006 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) erneut feststellt.

Zu wenig für einen Arbeitsmarkt, dessen Strukturwandel zu einem gestiegenen Bedarf an Spitzenkräften führt.

Auch der Wissenschaftsrat mahnt die Politik, zügig auf diese Entwicklung zu reagieren und die Studienplatzkapazitäten der Hochschulen schnell auszubauen.

Da passt es doch ganz gut ins Bild, dass in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge die Zahl der Abiturienten in die Höhe treiben. Wäre wirklich schade, wenn man diese vorläufig letzte Chance, das Reservoir an Talenten voll auszuschöpfen, ungenutzt verstreichen ließe. Allen Studierwilligen sollte also ein Studienplatz angeboten werden können.

Das Land Baden-Württemberg will auf den Andrang mit 16 000 zusätzlichen Plätzen für Studienanfänger reagieren. »Hochschule 2012« heißt das ehrgeizige Projekt, das die magische Zahl des doppelten Abiturientenjahrgangs im Namen hat.

Während unter dem Stichwort »Exzellenz« und »Elite« noch diskutiert wird, ob man an den Universitäten lieber Masse oder Klasse oder vielleicht am besten doch beides ausbilden sollte, ist eines sicher: Der »Studentenberg« kommt.

Wie er sich allgemein und ganz speziell in Tübingen auswirken könnte, wie Politiker, Wissenschaftler, die Wirtschaft und die Hochschulen darauf reagieren wollen, und woher das Geld kommen soll, das dieser Ansturm verschlingen wird, lesen Sie im Topthema.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Die Redaktion



Schlangestehen fürs Studium

Von Gabriele Förder

In den kommenden Jahren werden geburtenstarke Jahrgänge für einen deutlichen Andrang an den deutschen Universitäten sorgen. Die Prognose für die Universität Tübingen lautet rund 4800 Studienanfänger für 2012, an die 1350 mehr als in den vergangenen Jahren. Dann dürfte es vor allem in den unteren Semestern ziemlich eng werden. Wir wagen einen Blick in die Zukunft und begleiten die fiktive Studienanfängerin Simone M. auf ihrem Weg durch die Alma mater im Jahr 2012.

Simone M. hat das Abitur in der Tasche. Und sie hat Glück gehabt: Nach Bewerbungen an mehreren Universitäten hat sie in Tübingen endlich doch noch eine Zulassung für Allgemeine Rhetorik und Germanistik (B.A.) bekommen. Ihre Freundin ging leider leer aus, sie konnte die durch den doppelten Abiturientenjahrgang deutlich verschärften Auswahlkriterien der Unis nicht erfüllen. Um sich einzuschreiben und nach ihrer zukünftigen Bleibe zu suchen, quartiert sich Simone Anfang Oktober für einige Nächte in der Jugendherberge ein. Sie hat sich für einen Platz in einem Wohnheim des Tübinger Studentenwerks beworben, bis jetzt aber noch keine Zusage. »Im Wintersemester gibt es immer Wartelisten. Bis Mitte November sind in der Regel alle untergebracht, die sich beworben haben«, erklärt der Geschäftsführer des Tübinger Studentenwerks Eberhard Raaf und ergänzt: »Wir bieten im Moment knapp 4000 Plätze an, könnten aber für die Zukunft sicher mehr gebrauchen.« Aus diesem Grund steht seit 1998 die vier bis fünf Millionen Euro teure Sanierung des gesamten Bestandes auf dem Programm, um danach verstärkt Mittel für den Neubau aufbringen zu können, wie Eberhard Raaf erklärt.

Simone muss also noch etwas Geduld haben. Vorsichtshalber sieht sie sich schon mal auf dem privaten Tübinger Wohnungsmarkt um, obwohl sie sich das eigentlich nicht leisten kann, da sind ja auch noch die Studiengebühren. Sie hat sowieso Pech. »Ab September wird's eng, sagt Gisela Geng-Hulkkonen, Leiterin der Abteilung »Soziale Dienste« des Studentenwerks. »Die günstigen, guten und zentral gelegenen Angebote sind dann längst weg. «Immerhin 318 erfolgreiche Vermittlungen gab es im Wintersemester 2005/06 insgesamt. Ob damit das Reservoir voll ausgeschöpft ist, lässt sich nicht feststellen.

Telefon immer belegt

Jetzt steht die Einschreibung an. Simone ist unsicher, ob sie die Formulare richtig ausgefüllt hat. Lieber noch mal anrufen, denkt sie. Aber in der Telefonsprechstunde des Studentensekretariats ist immer belegt. Also geht sie persönlich hin und reiht sich in die immer länger werdende Warteschlange ein. »Wir haben eine Sachbearbeiterstelle mehr bekommen. Aber unser Hauptproblem ist im Moment die räumliche



Enge. Sie verhindert, dass wir die Arbeitsabläufe neu strukturieren können«, sagt Werner Kaupp, der stellvertretende Leiter des Studentensekretariats. Da würde nur ein möglichst schneller Umzug helfen.

Kein Sitzplatz in der Mensa

Endlich immatrikuliert, braucht die Studentin erstmal eine Stärkung. Die Cafeteria im Clubhaus ist voll und auch in der Mensa Wilhelmstraße herrscht Hochbetrieb. Auf Anhieb ist kein Sitzplatz zu finden. »Die Sanierung der Mensa Wilhelmstraße soll auch einige zusätzliche Sitzplätze bringen, aber die wird leider erst 2009/10 möglich«, erklärt Eberhard Raaf. Simone muss lange suchen, bis endlich etwas frei wird. Immerhin bilden sich durch die veränderte Anordnung der Essensausgabe mit »freier Komponentenwahl« weniger schnell Warteschlangen.

»Für die Schülerinnen und Schüler der beiden Jahrgänge, die 2012 gemeinsam Abitur machen, werden genügend hochwertige Studienplätze zur Verfügung stehen«, erklärt Ministerpräsident Günther H. Oettinger am 23. Februar 2006 auf dem Kongress »Hochschule 2012«.

Nach einer Woche Notunterkunft im Studentendorf hat Simone inzwischen eine Zusage für einen Wohnheimplatz auf Waldhäuser Ost bekommen und verfügt dort sogar über einen kostenlosen Internetzugang. Eberhard Raaf: »Die Ansprüche der Studierenden sind gestiegen. Trotz Wohnungsnot wird nur gut ausgestatteter Wohnraum akzeptiert.« Den Internet-Anschluss kann Simone gut gebrauchen, denn die elektronische Anmeldung zu einem Einführungsseminar in Germanistik steht an. »Durch die neuen Zulassungsverfahren bei den BAMA-Studiengängen bekommen wir zwar mehr Planungssicherheit, aber wir rechnen auch weiterhin mit großer Überlast mit dem Höhepunkt um 2012. Die Fakultät wird zusätzliche Einführungsseminare anbieten, ist aber hier auf finanzielle Hilfe vom Land angewiesen«, erläutert Prof. Joachim Knape, Dekan an der Neuphilologischen Fakultät.

Wunschseminar >ausgebucht<

Simone kommt nicht in ihr Wunschseminar, denn dieses ist schon fünf Minuten nach der Freischaltung im Internet >ausgebucht«. Notgedrungen entscheidet sie sich für ein anderes Angebot. Auch dieses ist ziemlich voll: 45 Teilnehmer erscheinen zur ersten Sitzung. Alle Stühle sind belegt, also sucht sich Simone einen Platz auf den Tischen an der Wand, wo sie allerdings nur schlecht den Ausführungen des Dozenten lauschen kann.

Am nächsten Morgen, kurz vor 9 Uhr: Unsere Studentin reiht sich in die Warteschlange vor Universitätsbibliothek (UB) ein, die gleich öffnet. Die Studierenden möchten sich die besten Arbeitsplätze im Lesesaal sichern. Simone macht sich auf die Suche nach dem virtuellen Semesterapparat, in dem sie sich beispielsweise zur begleitenden Literatur ihres germanistischen Einführungsseminars durchklicken und diese gleich online lesen kann. Eine Stunde später sind alle 500 Plätze in der UB besetzt. »In den vergangenen Monaten verzeichnen wir einen unglaublichen Ansturm auf die Leseund Arbeitsplätze in der UB«, sagt deren Leiter, Prof. Ulrich Schapka, Ende des Sommersemesters 2006. »Obwohl wir durch den Ammerbau und die ehemalige Waschhalle aufgestockt haben, sind die Plätze permanent voll. Sogar am Samstagabend sitzen noch 150 Leute hier.« Mit zusätzlichen Tischen für Arbeitsplätze und dem Ausbau elektronischer Dienste, die zügiges Studieren erleichtern sollen, reagiert die UB auf den zu erwartenden Andrang. Und der Bestand? »Die Lehrbuchsammlung muss aufgestockt werden«, meint Schapka und hofft dabei auf Mittel aus den Studiengebühren.

Riesenandrang in der Sprechstunde

Trotz virtuellem Semesterapparat stellen sich Simone doch noch einige Fragen, die mit ihrem Referat im Einführungsseminar zusammenhängen. Als Nummer 20 trägt sie sich in die aktuelle Liste der Sprechstunden-Kandidaten ein und geht noch einen Kaffee trinken, um sich dann zu der Schar Ratsuchender zu gesellen, die vor dem Arbeitszimmer des Dozenten ausharrt. Inzwischen ist es bereits 20 Uhr und sie wartet noch immer..., aber bestimmt nicht vergebens: »Unsere Professoren und Dozenten sind bereit, hier ganz nach Bedarf zur Verfügung zu stehen. Das versteht sich doch von selbst«, betont Dekan Joachim Knape.

Endlich geschafft, Simone hat die fehlende Auskunft erhalten. Bevor sie sich jetzt auf den Nachhauseweg machen kann, müsste sie eigentlich noch einem dringenden Bedürfnis nachkommen. Aber sie verschiebt den Toiletten-Besuch lieber auf später, denn die sanitären Einrichtungen im Neuphilologikum sind schon lange auf Bahnhofsniveau abgerutscht: »Im Brechtbau steht dringlich eine umfassende Renovierung an, um auf allen Ebenen bessere Voraussetzungen für den Ansturm zu haben. Der Bau ist ziemlich heruntergekommen. Ansprechpartner ist das Universitätsbauamt. Wir hoffen, dass es auf unsere Anfragen in Zukunft positiv reagiert«, beurteilt Joachim Knape den aktuellen Zustand.

Simone macht das Studieren in der Warteschlange trotzdem Spaß. Sie lässt sich nicht entmutigen. Auch unter erschwerten Bedingungen will sie möglichst effektiv und zügig arbeiten, denn die Konkurrenz um einen qualifizierten Arbeitsplatz wird doppelt stark sein.

SWR3 PARTY-NACHT IN TÜBINGEN



SAMSTAG,

11. **NOVEMBER 2006**

Einlass: 20 Uhr | Beginn: 21 Uhr | Ende: 2 Uhr | Eintritt einmalig: EUR 12,-/VVK: EUR 9,-



www.swr3.de

















Ini-Financierung

+ 133,8 Mio. € Shuerunduns

+ 42,3 Mio. € Drittmittel

+ 22,5 Mio. € Shudingsbühren

+ 3,7 Mio. € schlambe Unaralbung

202,3 Mio € 176, 1 Mis. € briherips Betrieb

30,8 phio. € + 2000 Pludwipliks

6,3 phio. € 200 Pludwipliks

6,3 phio. € 200 Pludwipliks

23,6 phio. € 200 Pludwipliks

24,6 phio. € 200 Pludwipliks

2

Angesichts steigender Studienanfängerzahlen und mitten im notwendigen Reformprozess, in dem die deutsche Universität steckt, reichen Effizienzgewinne und Studiengebühren nicht aus: Die Politik muss ein neues System der Hochschulfinanzierung finden, um die Einheit von Forschung und Lehre langfristig zu stärken.

Die aktuelle Situation für die Universitäten ist nicht neu: Steigende Zahlen von Studienanfängern, eindeutig unzureichende Haushaltsmittel, Partner in der Politik, die in den einzelnen Ländern wie in der Kultusministerkonferenz erst mühsam zur Anerkennung der Probleme genötigt werden mussten und jetzt eher zögerlich als mutig und den Aufgaben angemessen sich fragen, wie denn der »Hochschulpakt« aussehen kann, mit dem die drohenden Probleme bewältigt werden sollen.

»Zu geringe zusätzliche Mittel«

Anders als zum Zeitpunkt der letzten Expansion ist man froh, dass die notorische Unterfinanzierung wenigstens nicht geleugnet wird. Anders als früher haben sich nicht einmal die Finanzpolitiker mit so fatal-originellen Lösungen wie der »Untertunnelung« des Studentenbergs hervorgetan. Nach wie vor muss man aber befürchten, dass die Universitäten letztlich mit den Schwierigkeiten allein gelassen werden, allenfalls symbolisch mit weiteren, aber nach allem, was man sieht, zu geringen zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden. Ansonsten setzen die Politiker offenbar auf Abwarten, erhoffen Effizienzgewinne und bieten Studiengebühren an.

Das ist aber gegenüber den Universitäten nicht nur zu wenig. Es hat angesichts der aktuellen Situation die Zerstörung der Arbeitsfähigkeit des Systems zur Folge. Neu, und deshalb besonders schwierig, ja bedrohlich ist die Lage nämlich deswegen, weil das Kapazitätsproblem und die Finanzierungsunwilligkeit in einer Situation entstehen, in der sich die deutsche Universität radikal wandelt - wandeln muss - auch nach dem Willen der Bildungspolitik, und zwar als Stätte von Lehre und Forschung gleichermaßen. »Exzellenz«-Programm und »Bologna-Prozess« sind dafür die Signalworte, aber sie bezeichnen nicht Lösungen, sondern Programme und Aufgaben, deren Realisierung keineswegs gesichert ist.

Mit dem »Exzellenz-Programm« wird zumindest eingestanden, dass die Finanzlage nicht hinreichend ist, um die Universitäten als forschende Einrichtungen national und international konkurrenzfähig zu halten. Aber nach den ersten Entscheidungen muss man sagen, dass das nicht so sehr ein Programm für Standorte, sondern eher für Disziplinen ist, auch eher für die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer als für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Letztere profitieren offenbar nur dann, wenn sie sich erkennbar anwen-



Heinz-Elmar Tenorth

ist Professor für Historische Erziehungswissenschaft am Institut für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte Germanistik, Geschichte und Sozialkunde, Philosophie und Pädagogik an den Universitäten Bochum und Würzburg. Von 2000 bis 2005 war er Vizepräsident für Lehre und Studium an der Humboldt-Universität.

dungsorientiert präsentieren (selbst unter dieser Bedingung bleibt nur ein sehr kleines Stück vom Kuchen für sie).

Die Sicherung und Steigerung der Forschungsfähigkeit der Universitäten in ihrer institutionellen und disziplinären Breite darf man vom »Exzellenz-Programm« nicht erwarten. Es ist unzulänglich: viel Propaganda, viel für das Schreiben von klugen Anträgen verschwendete Arbeitszeit, kaum der erwünschte Ertrag, nicht einmal ein hinreichend starker Mobilisierungseffekt. Kommt hinzu, dass es allein ein Programm für die Forschung ist.

»Qualitätssteigerung droht zu versanden«

Die Lehre hat den »Bologna-Prozess«, sie hat Kontroversen, die dadurch ausgelöst wurden, aber ihr fehlt das materielle und personelle Fundament, um die erwünschte neue Realität zu gestalten. Erschwert man diesen Transformationsprozess zusätzlich dadurch, dass die Expansion nicht angemessen abgesichert wird, dann hat man nicht allein das verbreitete Elend verlängert und die Erwartungen der kommenden Erstsemester enttäuscht, sondern auch den nächsten notwendigen Reformschritt mit politischer Zögerlichkeit verspielt. Kaum als Aufgabe wahrgenommen, droht die Qualitätssteigerung der Lehre erneut zu versanden.

Die ganze Dramatik der Situation erschließt sich, wenn man die aktuell sich überlagernden Problemschichten unterscheidet. Es geht ja nicht allein um den Zuwachs an Studierenden, sondern um Studienreform angesichts bisher nicht finanzierter Expansion. Schon »Bologna« ist nicht zum Nulltarif zu haben: andere Betreuungsformen, im Studium und bis zum Berufseintritt, kleine Lerngruppen, eine Infrastruktur in Labors und Bibliotheken, die selbstbestimmtes Lernen ermöglicht, frühzeitiger Einstieg in die Forschungspraxis, Arbeitsformen also, die dem Programm der Kompetenzorientierung so zur Realität verhelfen, dass die Universitäten von grundständigen Studiengängen aus ihre Identität als forschende Einrichtungen finden.

Mit der gegebenen Personalstruktur, mit den gegebenen Vorgaben für die Zulassung und die Berechnung von Kapazitäten, mit der vorhandenen Ausstattung der Institute und Seminare ist diese Studienstruktur nicht realisierbar – es sei denn, man macht den Etikettenschwindel zur alltäglichen Norm. Aber dann kann man sich die Veränderung gleich sparen. Gleichzeitig muss das System die Parallelität zweier Studiensysteme bewältigen: Man kann die zurzeit Studierenden ja nicht einfach ignorieren oder sich dem Trugschluss hingeben, sie ohne eigene personelle und materielle Ressourcen zum Studienabschluss zu führen. Es genügt nicht, den Zuwachs zu finanzieren, die strukturelle Unterfinanzierung muss beseitigt werden.

Instrumente und Ressourcen müssen aber nicht allein für das neue Studiensystem, sondern auch für die Übergangsphase



to: Koller

Der Geldbeutel ist schon fast leer – dabei sind die notwendigen Reformen noch gar nicht in Angriff genommen.

gefunden werden. Vor allem müssen es Instrumente sein, die für die Universität geeignet sind und nicht eine Personalstruktur erzwingen, die dem Forschungsimperativ zuwiderläuft. Ob der Lecturer oder die Lehrprofessoren in dieser Situation die richtigen Lösungen sind, darf man stark bezweifeln, denn universitäre Bachelorstudiengänge zum Beispiel haben nur dann institutionelle Legitimität, wenn Forschung für alle Studierenden schon in dieser Phase als notwendige Dimension der Kompetenz der Absolventen anerkannt ist und angezielt wird. Schon die Erwartungen der Masterstudiengänge werden sonst nicht bedient und die Chancen universitärer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt sind erst gegeben, wenn sie ein eigenes Profil mitbringen.

Mit der scheinbaren Kurzfristigkeit der Problemlage darf man sich nicht trösten. Die Expansion der Studienanfängerzahlen, nur temporär verstärkt durch bildungspolitische Vorgaben wie die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre, ist dauerhaft zu erwarten, nicht allein weil die OECD das wünscht, sondern weil die Studierwilligkeit nicht so niedrig bleiben wird, wie sie eine Zeit lang war.

Kann man die Summen schätzen, die zur Verbesserung der Lage notwendig sind? Minimalprogramme hat die Hochschulrektorenkonferenz berechnet und ist auf circa drei Milliarden Euro pro Jahr gekommen. Der gesamte Fehlbestand im Haushalt der Universitäten wird erheblich höher geschätzt, wenn »Exzellenz« nicht zum Leertitel werden soll. Eins kann man deshalb auch wissen: Studiengebühren sind nicht der Rettungsanker für die Politiker. Sie müssen ein neues System der Hochschulfinanzierung finden, das die Stärke der deutschen Universität, die Einheit von Forschung und Lehre, in neuer Gestalt zur Geltung bringt. Sonst ist nicht allein die Lehre bedroht, der qualifizierte Nachwuchs für die Forschung wird nicht existieren, den das »Exzellenz-Programm« so selbstverständlich voraussetzt oder erst in Graduiertenprogrammen, also zu spät, zum Thema macht.



Wissenschaftsminister Peter Frankenberg hat zur Bewältigung der steigenden Zahl von Studienberechtigten bereits einen Masterplan in der Tasche.

Die Wirtschaft als Ratgeber

Neuer »Studentenberg« und doppelter Abiturientenjahrgang: die Landesregierung von Baden-Württemberg will darauf mit dem Programm »Hochschule 2012« reagieren. Mit ihm sollen die Hochschulen ausgebaut und 16 000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden, jeweils zur Hälfte durch zusätzliche Mittel des Landes und durch Eigenleistungen der Hochschulen finanziert. Die Universitäten sollen in einem neuen Solidarpakt dafür von Etatkürzungen verschont bleiben. Im Interview mit attempto! erläutert Wissenschaftsminister Peter Frankenberg die Ausbaupläne und die Beteiligung der Wirtschaft an diesem Prozess.

attempto!: Wie wird das Programm »Hochschule 2012« der baden-württembergischen Landesregierung aussehen?

Frankenberg: Die Zahl der Studienberechtigten wird bis 2011 demografisch bedingt anwachsen. Mit dem doppelten Abiturientenjahrgang im Jahr 2012 wird es dann noch zusätzlich deutlich mehr Studienanfänger geben. Diese Entwicklung ist für Land und Hochschulen keine Last, schon gar keine Überlast, sondern eine große Chance. Wir reagieren auf diese Entwicklung mit einem Mittelaufwuchs von Seiten des Landes, der der Zahl der Studierenden folgt und gegen Ende des nächsten Jahrzehnts, wenn der Spitzenbedarf überwunden ist, auch wieder zurückgefahren werden kann. Die entscheidende Frage ist nun, in welchen Bereichen wir ausbauen. Dazu haben wir die Vorschläge der Hochschulen eingeholt und diese auf unseren zwölf Regionalkonferenzen, die von den Industrie- und Handelskammern (IHKs) organisiert wurden, diskutiert. Es sind in fast allen IHK-Bezirken Arbeitsgruppen eingerichtet worden, um mit den Hochschulen einen Abstimmungsprozess mit den Perspektiven der Wirtschaft zu erzielen. Aus diesen Vorschlägen werden wir bis Anfang Oktober einen Masterplan entwickeln.

attempto!: Das Land wird demnach 150 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Schaffung neuer Studienplätze zur Verfügung stellen?

Frankenberg: Das ist der Ausgangspunkt unserer Verhandlungen mit dem Finanzministerium. Letztlich haben aber Ministerrat und Landtag über die Bereitstellung der Mittel zu befinden. Dazu kämen dann möglicherweise Mittel durch einen Hochschulpakt mit dem Bund, wobei allen Ländern klar ist, dass dieser Hochschulpakt nicht mehr umfassen kann als circa zehn Prozent der Mittel, die die Länder aufwenden müssten. Es wird also nicht ohne eine Basisfinanzierung durch die Länder gehen können.

attempto!: Nun erwarten Sie ja eine Eigenleistung der Hochschulen in gleicher Höhe, also weitere 150 Millionen Euro. Sie sprechen von »Effizienzgewinnen«, die an den Hochschulen erzielt werden müssten. Wo vermuten Sie solche Reserven?

Frankenberg: Es gibt bei allen Hochschulen große Bereitschaft, an der Bewältigung dieser Herausforderung mitzuwirken. Die

Landesrektorenkonferenz hat erhebliche Eigenleistungen vorgeschlagen als Gegenleistung zur Etatsicherung im Rahmen des Solidarpakts. Das könnte dadurch geschehen, dass man die Personalkategorien verändert, zum Beispiel weniger lehrintensive Personalkategorien durch lehrintensive ersetzt, gerade im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Die Hochschulen haben uns zudem schon Vorschläge gemacht, was sie wie mit eigenen Mitteln erbringen können und wozu sie unsere Unterstützung brauchen.

attempto!: Welche Rolle wird die Wirtschaft in diesem ganzen Gefüge spielen?

Frankenberg: Zunächst einmal ist die Wirtschaft aufgefordert, Ratgeber zu sein, weil wir nicht irgendwo Studienplätze schaffen wollten, sondern eine Abschätzung benötigen, in welchen Bereichen die Wirtschaft einen besonderen Bedarf sieht. Im Interesse der Absolventen dürfen die Hochschulen nicht am Bedarf des Arbeitsmarkts vorbei ausbilden. Dazuhin gibt es aber auch ganz materielle Beiträge beziehungsweise entsprechende Signale. So gibt es Firmen, die bereit wären, etwa über Lehrbeauftragte oder auch Freistellungen an der Lehre mitzuwirken oder zusätzliche Stiftungsprofessuren zu schaffen. Wir können natürlich keinen Zwang auf die Wirtschaft ausüben. Wir werben darum, und zusätzliche Ressourcen sind willkommen.

attempto!: Sie sprechen in Presseverlautbarungen von dem »konstruktiven Einfluss«, den Wirtschaft und Gesellschaft auf die Planungen der Hochschulen nehmen sollen. Wie ist das in Einklang mit der Hochschulautonomie zu bringen?

Frankenberg: Die Hochschulautonomie hat zwei Seiten. Das ist einmal eine möglichst große unternehmerische Eigenständigkeit der Hochschulen, unternehmerisch natürlich im Sinne des Wesens und der Ziele von Hochschulen und nicht von gewinnorientierten Unternehmen. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat auf eine Steuerung des Hochschulsystems verzichtet. Denn die Hochschulen sind fast ausschließlich steuerfinanziert, also haben der Steuerzahler und damit auch das Parlament zu Recht gewisse Erwartungen und Ansprüche an die Hochschulen. Des Weiteren geht es um die Verantwortung für die Absolventen: Hochschulen sollten nicht einfach Studienplätze schaffen ohne Rücksicht auf die Frage, was später aus den Absolventen wird.

attempto!: Die Hochschulrektorenkonferenz hat in einer Studie festgestellt, dass die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge einen noch höheren Betreuungsaufwand erfordern als die bisherigen Studiengänge. Müsste dann nicht noch wesentlich mehr für bessere Betreuungsrelationen getan werden? Frankenberg: Wir haben mit den Entwicklungen bis 2012 eine quantitative Herausforderung. Wir wollen natürlich vermeiden, dass es dadurch zu qualitativen Verschlechterungen kommt, und wir wollen auch nicht, dass an den Universitäten die Forschung unter der größeren Zahl von Studierenden leidet, weil wir beides brauchen, Forschung und Lehre, und weil die Qualität der Lehre auch von den Forschungskapazitäten der Hochschulen abhängt. Natürlich hängt eine innovationsgestützte Wirtschaft wesentlich von der Qualität der Ausbildung und der Forschung an den Hochschulen ab. Welche Betreuungsrelationen sich bei der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master ergeben, hängt stark davon ab, in welchem Verhältnis die vorhandenen Ausbildungskapazitäten auf diese neuen Studiengänge aufgeteilt werden. Das sind aber Strategien, die wir nicht vorschreiben, sondern die die einzelne Hochschule sich selber überlegen muss. Zum Dritten stehen den Hochschulen ab Sommersemester 2007 Studiengebühren zur Verfügung, die zur Verbesserung der Studienbedingungen verwendet werden und dabei gerade auch zur Verbesserung der Betreuungsrelation beitragen können.

attempto!: Was halten Sie von dem Vorschlag, Studierende aus den westlichen Bundesländern in den Osten zu schicken, da ja im Osten die Studienplätze eventuell sogar abgebaut werden sollen, und aus den westlichen Herkunftsbundesländern zu finanzieren?

Frankenberg: Zunächst einmal ist die Realität so, dass mehr Studierende aus Ostdeutschland im Westen studieren als umgekehrt. Ostdeutschland ist also eine Exportregion. Die Studierenden richten sich nicht nur danach, wo es Studienplätze gibt, sondern für sie ist wesentlich, wie das Umfeld und ihre Berufschancen sind. Etwa 70 Prozent der Absolventen bleiben in der Nähe ihrer Hochschulen, um dort Arbeitsplätze zu finden. Künftig wird das Ansehen und der Ruf einer Hochschule viel größere Bedeutung erlangen, die Exzellenzinitiative ist hier ein starker Antrieb. Solche Überlegungen hat man nicht in Rechnung gestellt, wenn man glaubt, man könne die Studierenden nach Osten schicken. Außerdem muss man bedenken, dass es bereits eine sehr hohe Transferzahlung in Richtung ostdeutsche Länder über den Länderfinanzausgleich gibt, und wir wollen keinen zweiten zusätzlichen Finanzausgleich schaffen. Schließlich hätte das vorgeschlagene System einen weiteren großen Mangel: es würde ja dazu führen, dass die Hochschulen, die darauf angewiesen sind, Studierende zu importieren, wahrscheinlich die Hürden niedrig setzen und über eine große Zahl von Studierenden versuchen würden, an das Geld anderer Länder zu kommen. Das wäre kontraproduktiv, denn es würde bedeuten, dass man dann Quantitäten finanziert und nicht die Qualität von Hochschulen.

Das Gespräch führte Michael Seifert.



to: K. Web

Bildungsreform von Grund auf

Von Michael Hüther und Christiane Konegen-Grenier

Nicht wie jüngst in der Föderalismusreform beschlossen weniger, sondern mehr gesamtstaatliches Engagement in der Bildungspolitik lautet das Fazit aus einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Dies aber unter neuen Vorzeichen: Der Staat sollte mehr Geld für die Förderung kleinerer Kinder ausgeben und weniger für das »private Gut« Hochschulausbildung.

Die Qualität und Quantität von Bildungsinvestitionen ist entscheidend für die Sicherung unseres Wohlstandes. Was die Quantität der Bildungsinvestitionen anbelangt, so lässt sich die vielfach geäußerte These von einer generellen Unterfinanzierung unseres Bildungssystems nicht halten. Oft bemühte internationale Vergleichsdaten wie die Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts erweisen sich als wenig aussagekräftig, wenn die systematische Untererfassung der Bildungsausgaben berücksichtigt wird und die Bildungsausgaben pro Bildungsteilnehmer verglichen werden.

Zwei Ebenen müssen bei der Definition der bildungsökonomisch adäquaten Ausgabenstrukturen berücksichtigt werden: Die Gewichtung der privaten und staatlichen Ausgabenanteile sowie die Verteilung der Ausgabenverantwortung auf die unterschiedlichen föderalen Ebenen. Entscheidend für den optimalen Wirkungsgrad von Bildungsinvestitionen ist außerdem ein Regulierungsrahmen, der alle Akteure in einen qualitätsfördernden Wettbewerb einbindet. Da Wettbewerb Handlungs- und Entscheidungsfreiheit erfordert, muss auf allen Bildungsebenen mehr Autonomie geschaffen werden. Auf welcher föderalen Ebene staatliche Eingriffe zu erfolgen haben, hängt davon ab, ob sich die Präferenzen der Bil-

dungsteilnehmer regional unterscheiden und in welchem Ausmaß eine Bildungsmaßnahme über externe Effekte gesamtstaatliche Bedeutung erlangt.

Bildungsbiographie im Blick

Der Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung stellt ein öffentliches Gut dar, denn die an gemeinschaftlichen Werten orientierte frühkindliche Sozialisation und der Erwerb von Basiskompetenzen legen die Grundlage für eine produktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für den Aufbau einer Humankapitalbasis. Es lassen sich überdies keine regionalen Präferenzunterschiede hinsichtlich der Bildungs- und Sozialisationsziele vermuten. Folgerichtig sind daher eine staatliche Finanzierung und eine Regulierung auf gesamtstaatlicher Ebene. Im Bereich des allgemein bildenden Schulsystems rechtfertigen die mit der schulischen Sozialisation, der Vermittlung von Basiskompetenzen und der leistungsgerechten Selektion verbundenen externen Effekte eine öffentliche Finanzierung.

Die Berufsausbildung stellt im Kern ein privates Gut dar, da die Absolventen individuelle Vorteile in Form von höheren Einkommen oder geringerem Arbeitslosigkeitsrisiko genießen.





Christiane Konegen-Grenier

ist Wissenschaftliche Referentin für Hochschulpolitik und Arbeitsmarkt für Akademiker beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Prof. Michael Hüther

hat an der Universität Gießen in Wirtschaftswissenschaft promoviert. Er ist seit 2004 Direktor und Mitglied des IW-Präsidiums.

Allerdings lässt sich eine öffentliche Finanzierung im Vergleich zum Abitur damit begründen, dass möglichst alle Jugendlichen einen Abschluss der Sekundarstufe II erreichen sollen. Gelingt es den Ländern nicht, die Jugendlichen optimal zu fördern, so müssen sie dem Bund für notwendige Nachqualifizierungen so genannter Dropouts angemessene Förderpauschalen überweisen.

Die Hochschulausbildung kann vor allem aufgrund der damit zu erzielenden privaten Renditen als ganz überwiegend privates Gut aufgefasst werden, das die Studierenden durch Gebühren mitfinanzieren sollten. Es existieren allerdings externe Effekte, die eine partielle Finanzierung aus Steuermitteln rechtfertigen. Überdies erfordern Kapitalmarktunvollkommenheiten, dass sich der Staat an der Finanzierung von Studienkosten beteiligt – erst recht vor dem Hintergrund einer bereits bestehenden sozialen Unausgewogenheit. Nötig sind staatliche Eingriffe außerdem zur Qualitätssicherung und damit zur Behebung von Informationsmängeln, da es sich bei der Hochschulausbildung um ein Vertrauensgut handelt.

Gesamtstaatliche Verantwortung

Was die Frage der föderalen Kompetenzverteilung und damit die Frage der regionalen und überregionalen Wirkungen akademischer Ausbildung betrifft, so lassen sich sowohl auf gesamtgesellschaftlicher als auch regionaler Ebene positive Effekte identifizieren. Ein besonderes Problem der gegenwärtigen Hochschulfinanzierung ist jedoch, dass die positiven regionalen Wirkungen nicht zwangsläufig auch dort anfallen, wo der Studierende ausgebildet wurde. Die Föderalismusreform hätte daher für einen Einstieg in ein neues Finanzierungssystem genutzt werden müssen, in welchem sowohl die Bundes- als auch die Landesebene beteiligt ist. Dabei sollte das Prinzip der Steuerung durch die Nachfrager realisiert werden, indem die Länder einen Teil ihrer Mittel in einem bundesweiten Studiengutscheinfonds >poolen«. Herrscht gesamtgesellschaftlicher Bedarf, beispielsweise durch den zu erwartenden Anstieg der Studierendenzahlen, könnte der Bund unbeschadet der verfassungsrechtlichen Vorgaben Mittel in den Pool einspeisen. Ein solcher bundesweiter Gutscheinpool könnte dazu beitragen, die zu erwartenden, demografisch bedingten Nachfrageunterschiede in Ost und West produktiv zu bewältigen. Diejenigen Bundesländer, die aus demografischen oder fiskalischen Gründen derzeit einen Studienplatzabbau erwägen, hätten einen monetären Anreiz, landesfremde Studienbewerber anzuziehen und somit die bestehenden Kapazitäten zu erhalten.

Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau sollte in Anbetracht der nachweislich positiven regionalen Effekte von Hochschuleinrichtungen in die Entscheidungs- und Finanzierungskompetenz der Länder fallen. Was die Zuteilung von Zugangschancen zu Hochschule und Arbeitsmarkt betrifft, so hat diese allokative Bildungsfunktion in hohem Ausmaß überregionale Wirkungen. Gleichzeitig kann unterstellt werden, dass das Interesse an gleichen Zugangschancen bei allen Beteiligten gleich ist. Die Regelung der Zugangsvoraussetzungen und Abschlüsse in der Hochschulausbildung ist demzufolge auf Bundesebene anzusiedeln und zwar ohne das beschlossene Abweichungsrecht der Länder. Gleiches gilt für die Förderung der Studienkosten. Vorgeschlagen wird daher die bundesweite Vergabe von Stipendien und ein ebenfalls bundesweites Darlehenssystem, in welchem der Bund die Ausfallgarantie übernimmt. Ein solches bundesweites System würde außerdem durch den Mengenvorteil und den internen Risikoausgleich zu einer Verbilligung der Kreditangebote beitragen. Ein wettbewerbsfähiges Hochschulsystem verlangt einen konsequenten Rückbau der staatlichen Vorgaben: Die Hochschulen sollten uneingeschränkt zur Auswahl der Studierenden berechtigt sein und über die quantitative und inhaltliche Ausgestaltung des Lehrangebots auf der Grundlage von Zielvereinbarungen mit den staatlichen Trägern frei entscheiden können. Zur Profilbildung benötigen sie flexible Handlungsspielräume in finanz- und personalwirtschaftlichen Fragen sowie gestärkte Leitungskompetenzen.

Mehraufwand von 20 Milliarden Euro

Aus der Analyse der Bildungsfunktionen ergibt sich – im Widerspruch zum bildungspolitischen Teil der jüngst beschlossenen Föderalismusreform – für das gesamte System eine stärkere Verantwortung der gesamtstaatlichen Ebene, sei es durch eine verbindliche Selbstkoordinierung der Länder per Staatsvertrag oder durch eine gestärkte Entscheidungskompetenz des Bundes. Bei der Verteilung der privaten Finanzierungsanteile wird das bisherige System auf den Kopf gestellt, indem im Kindergartenbereich weniger und im Hochschulbereich mehr private Anteile fällig werden. Die Realisierung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung erfordert einen Mehraufwand von rund 20 Milliarden Euro bis zum Jahre 2020. Diese Summe kann jedoch durch den Rückgang der Schülerzahlen und durch die zu erwartenden Effizienzgewinne bei der Durchführung der Bildungsprozesse bis 2020 mehr als kompensiert werden.

Literaturhinweis

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Bildungsregulierung und Bildungsfinanzierung in Deutschland. Eine bildungsökonomische Agenda. Köln 2006.



arikatur: Buche

Weder Masse noch Exzellenz

Von Jürgen Kaube

Die deutschen Universitäten haben wahrlich genug am Hals: knappe Ressourcen, »Bologna-Prozess« und den Zwang, sich zu profilieren. Das passt nicht alles unter einen Hut. Zwischen Massenuniversität und »Exzellenzinitiative« bewegt sich aber gar nichts ohne den politischen Willen, das Hochschulsystem weiter zu differenzieren.

Die deutschen Universitäten sind zwei Belastungstests ausgesetzt. Der eine betrifft ihre materiellen Voraussetzungen. Die Zahl der Studenten, die sie aufnehmen sollen, wächst – außer in Ostdeutschland – , unter anderem darum, weil die stufenweise Abschaffung des dreizehnten Schuljahres über einen Zeitraum von ein paar Jahren hinweg doppelte Jahrgänge ins Studium drängen lässt. Sie wächst aber auch kraft bildungspolitischen Willens. Denn dem ist der derzeitige Anteil der Studierwilligen an den Abiturs- und Geburtsjahrgängen noch immer zu gering.

Zugleich ist dieselbe Bildungspolitik nicht bereit, mehr in die Hochschulen zu investieren. Außerdem gehen erhebliche Finanzmittel und Energien der universitären Fachbereiche in Reformverfahren, an denen sie sich nolens volens beteiligen: Akkreditierung, Evaluierung, Modularisierung der Lehre. Der Prüfungs- und Verwaltungsaufwand je Student steigt. Hinzu kommt eine im zurückliegenden Jahrzehnt fortlaufend erhöhte Bindung der nicht gewachsenen zeitlichen und personellen Ressourcen durch die abverlangte verstärkte Bemühung um Drittmittel.

Der zweite große Belastungstest, dem die Universitäten unterzogen werden, ist pädagogischer Art. Was beispielsweise bedeutet die Verkürzung der Schulzeit bis zur allgemeinen

Hochschulreife für die Studierfähigkeit der Abiturienten? Will man den Versicherungen der Bildungsbürokratien glauben, das dreizehnte Schuljahr lasse sich ohne Einbußen an Fähigkeiten einsparen? Es wäre dieselbe Art, sich Effizienzgewinne in die Tasche zu fantasieren, wie sie die Universität schon aus der Einführung des Bachelors kennt. Er wurde zunächst ebenfalls als Gewinn an Zeit und Qualität angekündigt, den man durch bloße Neuordnung von Strukturen und durch gute Absichten bekommen könne. Inzwischen sind hier die Erwartungen samt der Terminologie angepasst worden. Nein, in sechs Semestern werde er wohl nicht zu schaffen sein. Nein, wirklich berufsqualifizierend sei er wohl auch nicht. Ja, die meisten würden vermutlich doch einen Masterabschluss anstreben.

Den Universitäten fehlen die Mittel

So wird es auch mit den verkürzten Schulzeiten gehen. Man wird den Universitäten abverlangen, das, was die Schulen nicht geleistet haben, nachzuholen. Aber mit welchen Mitteln sollen sie es denn tun? Und wie stellt man sich die Auswirkungen des Befundes auf die Universitäten vor, vor allem Schüler »mit Migrationshintergrund« täten sich an deutschen Schulen schwer? Wenn man den Willen zu höheren Studierquoten mit



Jürgen Kaube studierte Wirtschaftswissenschaften, Philosophie und Kunstgeschichte an der FU Berlin und lehrte Soziologie an der Universität Bielefeld. Seit 1998 ist er Redakteur im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dort zuständig für Bildungsfragen.

der Tatsache kombiniert, dass bei schrumpfender Bevölkerung immer mehr Schüler mit einem solchen »Migrationshintergrund« an die Schulen kommen, genügt elementarer Verstand, um vorherzusehen, welche Probleme den Eingangsbereich des deutschen Hochschulsystems in Zukunft bestimmen werden.

Verschulung mit schlechter Betreuung

Es sind Probleme, die anzuerkennen man sich bislang weigert, weil sich in Deutschland ein zynisches Verhältnis zur Masse der Studenten etabliert hat. Und zwar auf beiden Seiten der so genannten Universitätsreform, bei ihren Verfechtern wie bei vielen ihrer Gegner. Vor der Einführung der Bachelorstudiengänge pflegte man die Vorstellung, die Einheit von Forschung und Lehre bestehe darin, dass der Professor die Studenten zur Wissenschaft hinführt. Auf diesem Weg konnte ihm zwar nur ein Bruchteil der Studentenschaft folgen. Man tat in vielen Studiengängen aber dennoch so, als befinde man sich an einer Forschungsuniversität.

Mit der Einführung des Bachelor glaubt man, eine Korrektur dieses Irrtums ganz an den kameralistischen Zielgrößen »Studiendauer«, »Studienabschluss« und »Mobilität« ausrichten zu können. Dass die tatsächliche Aufgabe des Studieneingangsbereichs darin besteht, für eine generelle Bildung von Personen zu sorgen, die zumeist noch nicht wissen, was Studieren heißt, geschweige denn Wissenschaft, dass man also nicht mehr von ihnen erreicht, wenn man sie mit erhöhtem Tempo durch ein Teilgebiet des zuvor als Diplomoder Magisterstudium angebotenen Pensums schleust, bleibt unverstanden.

Nichts gegen Verschulung des Grundstudiums als Antwort auf die steigende Zahl und die Qualität der studierwilligen Abiturienten – aber was hat es noch mit Schule zu tun, wenn die Verschulung mit Betreuungsquotienten von 1:70 einhergeht? »Hauptsache überhaupt ein Zertifikat«, lautet die Devise, und »Hauptsache die Kennziffern können sich sehen lassen«. Der mit Humboldt dekorierte Zynismus der Vernachlässigung wird vom Gütersloher Zynismus der betriebswirtschaftlichen Sprüche abgelöst, mit denen man die Masse nunmehr abspeist.

Strukturell bleibt alles wie gehabt

Beide Einstellungen konvergieren in ihrer Weigerung, eine Differenzierung des Hochschulsystems zuzulassen. Die einen halten an der Lebenslüge der Reformen von 1965 ff., dem »Humboldt für alle« fest. Die anderen hätten nichts dagegen, wenn endlich aus allen Universitäten Fachhochschulen würden. Gemeinsam sorgen sie dafür, dass strukturell alles bleibt wie gehabt, nur dass die Massen, die ins Studium drängen, die Institution aus den Fugen heben und die Forscher in den außeruniversitären Sektor treiben.

Wer sich Sorgen macht, eine Klassengesellschaft von Hochschulen entstehe, mit wenigen Eliteeinrichtungen und vielen Massenuniversitäten, den kann man darum beruhigen: Es kommt ganz anders. Niemand bringt in Deutschland den hochschulpolitischen Willen auf, sich für Forschungsuniversitäten einerseits, reine Bildungsuniversitäten nach Art des amerikanischen Colleges andererseits zu entscheiden. Im Gegenteil zwingt man gerade unter dem Titel »Exzellenzinitiative« dieselben Einrichtungen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Bachelorstudiengänge bedienen sollen, zum Aufbau von Elitefassaden.

Wer das für zu scharf geurteilt hält, der mag sich fragen, was eine »Graduate School for History, Politics and Sociology« sein soll, oder eine »internationale Netzwerkuniversität«. Mit solchen von Kommissionen aufwendigst erzeugten Titeln geht man soeben in den Exzellenzwettbewerb. »Jetzt muss ich mir schon wieder etwas Neues ausdenken«, stöhnte ein mit Sonderforschungsmitteln, Engagements in Graduiertenkollegs und anderen Projektlorbeeren bereits reichlich eingedeckter Historiker hoher Reputation, als seine Universität ihn zur Beteiligung am Exzellenzantrag aufforderte.

Falsch verstandene Eliteförderung

Es dürfte kein vereinzelter Stoßseufzer gewesen sein. Wettbewerb um Exzellenz, das heißt in Deutschland: Noch mehr Projektprojektionen, Eigenwerbung, Rektorenprosa. Auf den Gedanken, dass Eliteförderung heißen könnte, diejenigen Wissenschaftler, von denen man bereits weiß, dass sie herausragend forschen, in Ruhe zu lassen, die begabtesten Studenten um sie herum zu konzentrieren, ihre Universitäten großzügig auszustatten und ihnen Autonomie vor allem dadurch zu geben, dass man sie von demobürokratischen Marktsimulationen des Typs »Exzellenzwettbewerb« und Standardisierungsmaßnahmen des Typs »Bologna« freistellt - auf diesen Gedanken will niemand kommen. Denn zu Recht fürchtet man als Ergebnis von tatsächlicher Eliteförderung, dass man sich dann auch etwas für alle anderen einfallen lassen müsste.

Für alle anderen aber, siehe oben, fällt jenseits der Fachhochschule hierzulande niemandem etwas ein. Also spielt man nur Elite und delegiert das Urteil über Exzellenz an Kommissionen höheren Orts, die über Folien befinden, die Kommissionen niederen Orts eigens zu diesem Zweck erstellt haben. Irgendwann wird vielleicht einmal jemand ausrechnen, wie viele Arbeitsstunden des für Wissenschaft und Lehre angestellten Personals in die Exzellenzanträge gesteckt worden sind. Dann wird die deutsche Universität den Nettogewinn auch dieser Reformübung bilanzieren können, die nichts an ihr geändert, sondern sie nur weiter von ihren Aufgaben abgelenkt hat.



Eliteförderung mit »Leuchttürmen«: Damit sie weithin sichtbar sind, muss ihnen viel Durchschnitt gegenüberstehen.

In unruhigen Gewässern

Von Stefan Laufer und Joachim E. Schultz

Die Universität steht vor einer brisanten Mischung von Problemen. Unter Mithilfe von Politik und Wirtschaft können aber durchaus Lösungen gefunden werden. Welche Möglichkeiten bieten sich an?

Zum Wintersemester 2012/13 werden zwei Abiturjahrgänge im Rahmen der von 13 auf 12 Jahre verkürzten Schulzeit an den Universitäten erwartet. Wie kann oder soll diese Herausforderung inneruniversitär bewältigt werden? Dazu gibt es von mehr oder weniger berufener Stelle vielfältige, manchmal auch einfältige Überlegungen. Mancher nimmt dies zum Anlass, erneut die universitären Strukturen in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen. Theoretische Überlegungen derer, die mit Forschungs- und Lehrtätigkeit nichts zu tun haben, bringen wenig. Sehen wir uns lieber die Problematik genauer an.

Ein ganzer Problemfächer

In der Tat bewegen sich die Universitäten in unruhigen Gewässern. Der Problemfächer ist schnell aufgeschlagen: der »Bologna-Prozess« mit seiner Bachelor/Master-Thematik, die 2012er-Problematik, Elite und Exzellenz und, wie erst unlängst wieder von der »Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« (OECD) moniert, die zu geringe Zahl akademischer Abschlüsse pro Jahrgang. Jedes dieser Probleme erscheint als einzelnes lösbar, die Häufung hingegen, gepaart mit der allgemein bekannten Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen, die ebenfalls von der OECD festgestellt wurde, ergibt eine brisante Mischung, aus der sich schnell Negativszenarien aufbauen lassen.

Die flächendeckende Einführung eines sechssemestrigen Bachelors als Regelabschluss mit starker Durchgangslimitierung zum Masterstudium ergäbe rein rechnerisch eine höhere Kapazität und somit mehr akademische Abschlüsse. Auf wessen Kosten das ginge, ist schnell klar: die Qualität der Ausbildung der breiten Masse würde darunter leiden. Dies ließe sich perfekt kaschieren, indem man die Spitze an einigen wenigen Eliteuniversitäten erhöht oder zumindest so tut. Die aktuelle Exzellenzinitiative böte den idealen Vorwand dafür. Die Verlockung dieses Szenarios bestünde darin, dass alle benchmarks und kameralistischen Größen bedient werden könnten. Mehr Abschlüsse in kürzerer Zeit bei gleichen Kosten und dazu noch Eliteförderung mit Leuchttürmen. Da drängt sich der Vergleich mit den USA auf. Einer kleinen Spitze, die zugegebenermaßen weithin sichtbar ist, steht viel Durchschnitt gegenüber, wobei dieser Durchschnitt weit unter dem hiesigen liegt. Bei allen Problemen bietet 2012 auch Chancen, wie Wissenschaftsminister Peter Frankenberg in dieser attempto!-Ausgabe postuliert: »Die Zahl der Studienberechtigten wird bis 2011 demographisch bedingt anwachsen. Mit dem doppelten Abiturientenjahrgang im Jahr 2012 wird es dann noch zusätzlich deutlich mehr Studienanfänger geben. Diese Entwicklung ist für Land und Hochschulen keine Last, schon gar keine Überlast, sondern eine große Chance, die wir gemein-





Stefan Laufer (links) ist am Pharmazeutischen Institut Professor für medizinische Chemie. Bis 31. September war er Dekan der Fakultät für Chemie und Pharmazie, und seit 1. Oktober ist er Mitglied des Universitätsrates.

Joachim E. Schultz ist am gleichen Institut Professor für pharmazeutische Biochemie.

sam nutzen werden.« Eine auf den ersten Blick provokant erscheinende, doch durchaus diskussionswürdige Hypothese. Zunächst ist die Politik in lobenswerter, weil nicht immer selbstverständlicher Art in Vorlage getreten. So wurde die Diskussion rechtzeitig, nämlich 2006, auf breiter Basis unter Einbeziehung aller Beteiligten begonnen. Im Oktober soll bereits ein »Masterplan« vorgelegt werden. Auch entzieht man sich trotz bekannt angespannter Haushaltslage nicht den finanziellen Folgen. 150 Millionen Euro jährlich wurden zur Schaffung neuer Studienplätze in Aussicht gestellt, allerdings verbunden mit der Auflage, »Eigenleistung durch Effizienzgewinn« durch die Hochschulen in gleicher Höhe zu erbringen. Dies soll eine Art neuer Solidarpakt ohne weitere Mittelkürzung werden.

»Belastbare Prognosen einfordern«

Die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft ist essenziell, wenngleich die »Vorreiterrolle« der Industrie- und Handelskammern sich den Hochschulen nicht sofort zwingend erschloss. So gilt es doch, nichts Geringeres als die Lage am Arbeitsmarkt für 2016/17 vorherzusehen, denn dann drängen die 2012er-Absolventen auf den Stellenmarkt. Vergleicht man die Prognosen von vor zehn Jahren mit dem heutigen Ist-Zustand, bestätigt sich das englische Sprichwort »Predictions are difficult, especially for the future«. Bei knappen Ressourcen und gleichzeitiger Überlast darf nicht am Markt vorbei produziert werden. Dies gilt auch für Universitäten. Hier müssen wir im Dialog mit der Wirtschaft belastbare Prognosen einfordern.

Ein weiteres Schlagwort im Rahmen der 2012er-Diskussion wird die Profilbildung sein. Die Universitäten müssen ihr Profil schärfen, auch Tübingen als forschungsorientierte Volluniversität, mit klarer Abgrenzung zu den ausbildungsorientierten Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen, aber auch zu reinen Forschungseinrichtungen wie den Max-Planck-Instituten. Die aktuelle Exzellenzdiskussion bietet trotz vieler berechtigter Kritikpunkte die Chance, fast schon die Verpflichtung zur Bildung von Forschungsschwerpunkten. Ebenso wird eine Abstimmung der Lehrangebote unter den Landesuniversitäten ein wichtiger Themenkomplex sein. Nicht jeder kann und muss alles bieten.

Eine Diskussion auf breiter Basis, angestoßen durch das Ministerium, vorangetrieben durch die Universitäten und begleitet durch die Wirtschaft, kann uns hier trotz schwieriger Ausgangslage voranbringen. Gerne nehmen wir Anregungen aus Politik und Wirtschaft auf, wir werden beide Seiten aber auch in die Pflicht nehmen.

2012 ist ein Problem, aber auch eine Chance!



In unruhigen Gewässern: Die Hochschulen haben in den kommenden Jahren mit einigen Unwägbarkeiten zu kämpfen.



Erfolgreiches Fundraising setzt Fingerspitzengefühl voraus.

Spender und Sponsoren finden

Von Hans-Peter Pohl

Die Universitäten brauchen Geld, nicht nur, aber auch wegen des zu erwartenden Ansturms auf Studienplätze. Unternehmen oder auch private Spender wären den klammen Hochschulen als Finanziers hoch willkommen. Doch die Geldquellen tröpfeln meistens eher als dass sie sprudeln. Das könnte auch daran liegen, dass für ein erfolgreiches Fundraising und Sponsoring einige Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Wichtige Stichwörter sind dabei Kundenorientierung, Strategie, Fingerspitzengefühl und Professionalität.

Spenden, Stiftungen, Erbschaften und Sponsorships werden als Erlösquellen für Hochschulen immer wichtiger. Aber nur wenigen Hochschulen gelingt es bisher, sechs- oder gar siebenstellige Beträge jährlich einzuwerben. Warum? Weil

- zu wenig zwischen den Instrumenten Fundraising und Sponsoring differenziert wird
- 2. sich an den Hochschulen viel mit dem eigenen Bedarf, aber wenig mit den Motiven potenzieller Spender, Stifter, Erblasser und Sponsoren auseinandergesetzt wird
- 3. es nach wie vor zu wenig ausgebildete, hochschulberufserfahrene Fundraiser und Sponsoringmanager gibt
- aufgrund fehlender Strategien, mangelnder hochschulinterner Abstimmungen und unzureichender Ressourcen allzu häufig aktionistisch und mit Bordmitteln gearbeitet wird.

Fundraising versus Sponsoring

Fundraising ist das Instrument zur Gewinnung von Spenden, Stiftungen und Legaten, also von Förderern, die keinerlei Gegenleistung außer Dank und Anerkennung für ihre Leistung erhalten dürfen. Sponsoring dagegen stellt – ähnlich wie die Auftragsforschung – ein Geschäft mit dem Unternehmen dar. Hier erfolgt also ein Leistungsaustausch auf vertraglicher Grundlage mit klaren, für beide Seiten am Nutzen orientierten Zielsetzungen in Forschung, Lehre und Weiterbildung, beim Forschungs-, Personal- und Kommunikations-Transfer. Fundraising führt zu Erlösen in der Vermögensverwaltung ebenso wie zurückhaltendes, mäzenatisches Sponsoring, das jedoch wenig Erfolg versprechend ist.

Da Sponsoring den Charakter eines Leistungsaustausches hat, bevorzugen viele Hochschulen das vermeintlich weniger verpflichtende Fundraising. Gelegentlich wird heute sogar noch Sponsoring als unethisch oder wie im Juli 2006 vom Rektor der Universität Regensburg als »giftiges Geld« angesehen. Zu solchen Vorbehalten sei angemerkt: Seit Jahrzehnten kooperieren die Hochschulen mit Unternehmen bei der Auftragsforschung. Dies als unethisch oder die Erlöse daraus gar als »giftiges Geld« zu bezeichnen, ist niemandem eingefallen, obwohl viele Kooperationen eher im Verborgenen erfolgt sind. Sponsoring mit seinem Kommunikationsansatz schafft dagegen Transparenz.



Hans-Peter Pohl Diplom-Verwaltungswirt (FH), berät und coacht seit 18 Jahren Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsverwaltungen bei Aufgaben des Strategischen Marketing, Fundraising, Sponsoring und PPP (Public Private Partnership). Er ist Geschäftsführer der ProfilPlus Marketing für Öffentliche Institutionen GmbH, Hamburg.

Voraussetzung für erfolgreiches Fundraising und Sponsoring ist die Identifikation potenzieller Spender, Stifter, Erblasser und Sponsoren (und den dafür verantwortlichen Entscheidern im Unternehmen), die Analyse ihrer Einstellung, Motivation, Erwartungshaltung zur Hochschule und ihres Informationsund Kommunikationsverhaltens.

Dies bedarf bei der Hochschule einer von außen nach innen gerichteten markt- und kundenorientierten Sichtweise. Diejenigen Fundraising- und Sponsoringprojekte, die das Profil der Hochschule und ihr Image in den Augen der potenziellen Geldgeber verkörpern, haben die größten Erfolgsaussichten. Fundraising- und Sponsoringkonzepte sollten deshalb zweckmäßigerweise aus einer Marketingstrategie heraus entwickelt werden, gemeinsam mit allen am Fundraising- und Sponsoringmarkt agierenden Akteuren der Hochschule aus Leitung, Verwaltung, Fakultäten und Instituten. So kann auch bei der Umsetzung nach und nach vermieden werden, dass potenzielle Förderer und Sponsoren mehrfach angesprochen werden. Denn das ist nicht nur ineffizient, sondern führt auch häufig auf Seiten der Geldgeber zu Verdruss.

Interne Kompetenz aufbauen

Eine solche integrierte Konzeptionsentwicklung und -umsetzung benötigt analytische und instrumentelle Kompetenz sowie viel Fingerspitzengefühl und Kenntnis der Hochschulgegebenheiten. Deshalb sind von außen eingestellte Fundraiser und Sponsoringexperten in der Regel auch überfordert, diese Prozesse innerhalb der Hochschule zu steuern, zumal die wenigsten für die besonderen Spezifika des Hochschulfundraising und -sponsoring ausgebildet sind. Sofern ihnen nicht zumindest eine einjährige Einarbeitungszeit gegeben wird, ist es deshalb auch noch auf längere Sicht für die Hochschulen zweckmäßiger, das Fundraising und Sponsoring als Stabsstelle der Hochschulleitung mit internen Kräften und mit Unterstützung externer Berater und Coachs durchzuführen. Um dem Prozess Nachdruck und Nachhaltigkeit zu verleihen, sollte allerdings unbedingt ein Mitglied der Hochschulleitung dafür verantwortlich zeichnen.

Das Einwerben von Kleinspenden ist für Hochschulen in der Regel ineffizient. Anders als bei Kriegsfolgen und Naturkatastrophen, karitativen, medizinischen und sozialen Einrichtungen, zu deren Gunsten die Spendenentscheidung häufig spontan erfolgt, baut sich die für eine Spende, Stiftung oder Erbschaft notwendige persönliche, emotionale Bindung zur Hochschule nur langsam auf und bedarf entsprechend intensiver Kontaktpflege zum potenziellen Förderer. Dies spricht für eine Ausrichtung des Fundraising auf Großspender, Stifter und Erblasser. Drei ihrer wichtigsten Motive sind: der Gesellschaft etwas zurückgeben, etwas langfristig, möglichst über den eigenen Tod hinaus bewirken und sich in diesem Sinne auch ein Denkmal setzen.

In einer Langfristperspektive sind die Alumni als potenzielle Spender, Stifter und Erblasser mit ihrer sehr häufig hohen emotionalen Bindung zur Hochschule als Zielgruppe besonders interessant. Bereits kurz- und mittelfristig können sie für die Hochschule eine wichtige Rolle beispielsweise als Entscheider und Meinungsbildner in Unternehmen bei der Anbahnung von Sponsoringkooperationen spielen. Die Investition in ein nachhaltiges Alumninetzwerk sollte deshalb hohe Priorität

Möglicher Leistungsaustausch

Generell wird es kurz- und mittelfristig den Hochschulen leichter fallen, Unternehmen als Sponsoren zu gewinnen, wobei Stiftungskomponenten durchaus eine Rolle spielen sollten. Denn der besondere Vorteil des Hochschulsponsoring gegenüber dem Sport-, Kultur-, Öko- und Sozialsponsoring liegt in der Breite des möglichen Leistungsaustausches vom Know-how- und Personal-Transfer in Forschung, Lehre und Weiterbildung bis hin zum Image-Transfer und der Beziehungspflege zu wichtigen Zielgruppen wie Entscheidern, Meinungsbildnern und Multiplikatoren.

Ein Hauptmotiv für Hochschulsponsoring bei den Unternehmen ist das Personal-Recruiting. Hier sollten sich die Hochschulen ihrer wichtigen Ressource high potentials für die Unternehmen bewusst sein. Das bedeutet, dass sie solche Sponsorships zum Beispiel in Form von Workshops nicht mehr zu Kosten in Höhe einer Raummiete, sondern für einen Betrag von 10 000 Euro und höher anbieten sollten. Entscheidend ist der Nutzen für die Unternehmen, der sich aus dem Vergleich zu ihren Investitionen in Stellenanzeigen und Personalberater bemessen lässt.

Networking ist das A und O

Das wichtigste Instrumentarium für erfolgreiches Fundraising und Sponsoring bietet ein hochschulübergreifendes webbasiertes Database-Marketing-Management. Akribische Datenerfassung und -pflege, kontinuierliche Kontaktpflege über (E-Mail-)Newsletter, Veranstaltungseinladungen und Projektreports, die Initiierung von Web-Foren und Web-Logs sowie der telefonische und persönliche Gesprächskontakt binden die Alumni, Sponsoringentscheider und -meinungsbildner, Multiplikatoren sowie potenziellen Spender an die Hochschule.

Eine marktorientierte Strategie sowie ein professionelles Database-Marketing- und Projektmanagement sind für den Erfolg des Fundraising und Sponsoring unerlässlich. Um ehrgeizige Projektziele in sechs- und siebenstelliger Größenordnung zu erreichen, bedarf es zudem eines besonderen Engagements der Hochschulleitung durch persönliche Kontaktpflege zu Topentscheidern, Door-openern, Meinungsbildnern sowie Multiplikatoren.

Parzellierung wie beim Bildungssystem: Wenn jeder Bauer sein Feld anders bearbeitet, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass einer eine Möglichkeit findet, noch höhere Erträge zu erzielen.



»Ich bin ein bisschen optimistisch, was den Föderalismus angeht«

Die Föderalismusreform in Deutschland wird jetzt umgesetzt. Hochschulpolitik soll von nun an allein Sache der Länder sein. Allerdings darf der Bund bestimmte Projekte an den Hochschulen fördern, wenn alle Länder zustimmen. attempto! hat den Tübinger Juristen Prof. Ferdinand Kirchhof zu den neuen Regelungen befragt.

attempto!: Sind Sie mit der Föderalismusreform zufrieden, was den Bereich Bildungspolitik angeht?

Kirchhof: Nicht ganz. Ich hätte mir eine vollständige Zuständigkeit der Länder und eine Abschottung gegenüber dem Mitfinanzierungsbestreben des Bundes gewünscht. Dass aber generell die Kompetenzen an die Länder gehen, ist natürlich ein Erfolg.

Was sind denn die wichtigsten Änderungen im Bereich der Universitäten gegenüber der bisherigen Praxis?

Das Hochschulrahmengesetz entfällt. Der Bund hat nur noch eine Kompetenz zur Regelung der Hochschulzulassung und der Abschlüsse. Die Finanzierungskompetenz der Gemeinschaftsaufgabe für den gesamten Hochschulneubau ist Gott sei Dank entfallen. Anfangs war geplant, dass nur die universitäre Forschung noch vom Bund gefördert werden kann, nun ist auch die Lehre wieder mit drin. Auf den ersten Blick freut man sich natürlich, wenn man zwei Finanziers, Bund und Land, zur Finanzierung von Wissenschaft und Forschung hat. Aber das System ist irrational: Wir zahlen unsere Einkommensteuer ans Finanzamt, dann wird diese aufgeteilt auf Bund und Länder, damit beide ihre Aufgaben erfüllen können. Wenn nun das Land für seine Aufgaben zu wenig Geld hat, sind letztendlich die Steuerquellen total falsch zugeordnet worden. Und was machen wir? Wir belassen es dabei und lassen den Bund großzügig als Zusatzfinanzier auftreten. Und der macht dann den Ländern bei der Bundeshilfe Auflagen in Sachgebieten, für die er keine Kompetenz besitzt. Deshalb ist mir diese Finanzierungskompetenz nicht recht.

Ist denn eine »deutsche Kleinstaaterei«, wie sie die Föderalismusreform fördert, zeitgemäß und sinnvoll?

Im Bildungsbereich leben wir vom Wettbewerb, den rufen wir zwischen Universitäten aus und auch zwischen Bundesländern: Bei der Bildung sollte man folglich vor Ort entscheiden lassen. Das Wort »Kleinstaaterei« ist ein politischer Kampfbegriff. In anderen europäischen Mitgliedstaaten entwickelt sich gerade der Bundesstaat, in Spanien und Belgien beispielsweise, auch Frankreich rückt etwas ab vom zentralistischen System. Der Föderalismus ist ein Erfolgsmodell. Ist es denn wirklich ein Ausdruck von Kleinstaaterei, wenn über unsere Universitäten in Baden-Württemberg Stuttgart statt Berlin entscheidet? Und können wir das nicht vielleicht sogar besser, weil wir näher dran sind?









Der Jurist Ferdinand Kirchhof kritisiert, dass der Bund indirekt immer noch Einfluss auf die Hochschulpolitik der Länder ausüben kann.

Deutschland hat aufzuholen, wenn man sich die internationalen Bildungsstatistiken etwa von der OECD anschaut. Sind nicht auch Regelungen seitens des Bundes notwendig, um das zu schaffen?

Die OECD-Studie, die die Universitäten betrifft, ist eine Quantitätsstudie. Da müsste man erst mal prüfen, inwieweit die Qualität wirklich schlecht ist. Zum Beispiel werden bei den anderen Ländern Bildungseinrichtungen als zu den Hochschulen zugehörig angerechnet, die wir nicht haben. Wenn ich nun dennoch unterstellen würde, bei uns wäre es nicht gut, machen wir es dann durch Zentralität besser? Auf der oberen Ebene kann man Standards festlegen, dass die Schüler von einem Bundesland zum anderen wechseln können oder was ein examinierter Akademiker aufweisen muss an Fachwissen, das ist sicher sinnvoll. Aber die eigentliche Ausbildung wird nicht besser durch Zentralisierung.

Muss auch in Sachen des erwarteten »Studentenbergs« jedes Land mit seinen Problemen selbst fertig werden?

Ein Student darf mit Recht sagen: »Ich gehe zu der Uni, die ich für die beste halte.« Das wäre ein sich selbst regelndes System, was die Studienortwahl möglichst frei lässt, soweit Kapazitäten da sind. Wenn sich etwa in Tübingen die Studierenden beispielsweise aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg drängen, dann sollte man an das Schweizer Modell denken, bei dem der jeweilige Kanton für seine Studenten zahlt, die an anderen Orten ausgebildet werden. Solche Lösungen wären mir lieber, als künstlich dort Kapazitäten aufrecht zu erhalten, wo sie nicht gebraucht werden und die Studenten zwangsweise dorthin zu schicken.

Die Länder allein werden den Herausforderungen steigender Studentenzahlen und des »Bologna-Prozesses« finanziell nicht gewachsen sein. Wie kann nach dem neuen Gesetz die Hilfe des Bundes aussehen?

Die gerade beschlossene Novelle ist eine erste, sehr bescheidene Stufe der Föderalismusreform, der erste Trippelschritt. Jetzt muss schnell der nächste kommen: Wir brauchen eine Finanzverfassungsreform, da wäre auch das Thema Steuerquellenverteilung neu zu regeln. In der Zwischenzeit, solange der Bund mitfinanziert, würde ich von ihm verlangen, dass er langfristige Programme auflegt mit einer Finanzierungssicherung und keine Auflagen dabei macht.

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass der Bund versucht, in die Entscheidungshoheit der Länder einzudringen? Die Erfahrungen sagen, dass er es wieder tun wird. Kein Politiker gibt Geld, ohne seine Belange durchsetzen zu wollen.

Tun das nicht auch die Landespolitiker?

Ja, aber die müssen dann dafür geradestehen. Wenn der Bund Geld gibt, und ein Vorhaben geht daneben, dann ist er es nicht gewesen. Dann sagt er: das liegt ja in der Landeskompetenz. Wenn es aber ein Erfolg wird, dann hat er viele Väter. Ich wünsche mir eine eindeutigere Verantwortung.

Sie haben sich stark für den Wettbewerb ausgesprochen. Birgt das nicht die Gefahr, dass wir eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Bundesländern bekommen?

Wenn ich Wettbewerb und Gestaltung will, dann ist das eine Land besser und das andere schlechter. Absolute Bildungsgleichheit entspricht nicht dem Ideal des Föderalismus und ist im Grundgesetz auch nicht so angelegt. Nur indem man zulässt, dass es jemand noch besser machen kann, kann das System insgesamt optimiert werden. Zum Thema der zwei Klassen: die fünf neuen Bundesländer sind strukturell unterfinanziert. In der Föderalismusreform ist aber auch vorgesehen, dass sie verstärkt Finanzmittel erhalten.

Welche Art von Wettbewerb möchte die Politik mit der Föderalismusreform erreichen?

Ich mag den Begriff des Wettbewerbsföderalismus nicht. Das Wort kommt aus der Marktwirtschaft oder aus dem Sport. Es geht nicht darum, wer die Goldmedaille bekommt. Nehmen wir einmal das Saarland: eine große Universität und wenig Geld, weil das Land Strukturprobleme hat. Wenn das Saarland im Chor der 16 Länder, sagen wir mal, an achter Stelle singt, dann ist es schon sehr gut. Es geht darum, dass jedes Land autonom entscheiden kann und seine Qualität steigert.

Welchen Zielen dient die Föderalismusreform insgesamt?

Die Föderalismusreform hat erstens zum Ziel: Entflechten. Dass jeder bei jedem mitwirkt, das ist falsch. Zweitens: Subsidiarität. Was der Bund an sich gerissen hat, sollte besser wieder vor Ort entschieden werden. Drittens: Finanzverantwortung. Das heißt, es müssen Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben in einer Hand sein. Deswegen bin ich gegen Bundeshilfen. Es geht darum, dass jeder seine eigene Lösung findet und verantwortet, also eine Art Gestaltungsföderalismus. Die Niedersachsen haben ihre Stiftungsuniversität – lasst uns doch mal schauen, ob das was wird. Wenn wir das flächendeckend einführen müssten, und es wäre ein Flop, dann hätten wir einen bundesweiten Unfall. Und wenn es ein Knüller ist, dann haben die Niedersachsen eben die Nase vorn. Ich sehe keine Gefahr darin, aber ich bin vielleicht ein bisschen optimistisch, was den Föderalismus angeht.

Das Gespräch führten Michael Seifert, Eva Kissel und Janna Eberhardt.

Der Weg vom Studium auf einen Arbeitsplatz in einem Wirtschaftsunternehmen ist oft ein schwieriger Balanceakt.



Zurück auf die vorderen Plätze!

Von Eberhard Reiff

Der erwartete Ansturm von Abiturienten auf die Hochschulen in den kommenden Jahren bietet der Wirtschaft die Chance, sich den Nachwuchs an hoch qualifizierten Fachkräften zu sichern. Wissensintensive Wirtschaftszweige werden immer wichtiger. Was verlangt der Arbeitsmarkt von den Hochschulen?

Können praktikable, flexible und zukunftsfähige Lösungen für den temporären Abiturientenansturm gefunden werden? Wird die Politik ihr derzeitiges Engagement auch mit finanziellen Zusagen untermauern? Werden die Abiturienten sich ihre Situation klar machen und sich intensiv mit ihrem eigenen Lebensplan unter den gegebenen Voraussetzungen auseinandersetzen? Das wird sich zeigen. Die regionale Wirtschaft hat vor allem ein Ziel: diese Prozesse zu unterstützen und zu begleiten, um das Projekt »Hochschule 2012« zum Erfolg zu führen!

Den Anschluss verloren

Die geburtenstarken Abiturientenjahrgänge in den kommenden sechs Jahren und dazu noch ein doppelter Abitursjahrgang im Jahr 2012 bescheren den baden-württembergischen Hochschulen jährlich circa 16 000 zusätzliche Abiturienten. Was erwartet die regionale Wirtschaft in diesem Zusammenhang von den Hochschulen und insbesondere von den Studierenden?

Es ist bekannt, dass wir den Anschluss an die Bildungssysteme anderer industrialisierter Nationen verloren haben. Der Bolognaprozess hat in Europa, vor allem aber auch in Deutschland, einiges bewegt, und es wird sich durch die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen noch sehr viel mehr bewegen. Das freut uns.

Wie der »Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2006« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, hat Deutschland beim Angebot von gut und hoch qualifizierten Erwerbspersonen in Europa nur noch dann einen Vorsprung, wenn man es mit den südlichen Ländern vergleicht. Das darf aber nicht unser Vergleichsmaßstab sein. Wir müssen wieder ins Spitzenfeld zurückstoßen. In dieses Bild passt auch, dass Deutschland zwar noch einen Bildungsvorsprung in der Breite der Bevölkerung aufweist, dieser jedoch immer kleiner wird. Beim akademischen Nachwuchs existiert er laut diesem Bericht seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Wir brauchen aber für den internationalen Wettbewerb hoch qualifizierte Menschen, die uns insbesondere in den weltweit stark wachsenden Spitzentechnologien wieder auf die vorderen Plätze bringen.

Auf dem achten Platz

Deutschlands weltweites Gewicht als Standort für Forschung und Entwicklung ist in den vergangenen 25 Jahren fast um die Hälfte zurückgegangen, von über elf Prozent im Jahr 1981 auf sechs Prozent im Jahr 2005. Die deutschen Unterneh-



Eberhard Reiff studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität in Regensburg. 1980 wurde er Mitglied der Geschäftsleitung der REIFF GmbH in Reutlingen und übernahm 1987 den Vorsitz der Geschäftsleitung der REIFF-Gruppe. Er ist seit 2000 Präsident der Industrie- und Handelskammer Reutlingen.

men müssen sich dabei jedoch an die eigene Nase fassen und feststellen, dass die heimische Wirtschaft bei den Anstrengungen für Forschung und Entwicklung (FuE) Ende der 80er-Jahre noch Rang drei weltweit belegte. Aktuell nehmen wir aber nur noch den achten Platz ein. Dazu passt, dass der FuE-Personaleinsatz in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Baisse wieder auf das Niveau von 1995 zurückgefahren wurde.

Mehr Naturwissenschaftler und Ingenieure

Sobald jedoch die Wirtschaft wieder anspringt, fehlen die Fachkräfte - sowohl die Absolventen aus der dualen Berufsausbildung, als auch die Hochschulabgänger. Dazu eine letzte sicherlich eindrucksvolle Zahl: Seit den 90er-Jahren ging die Gesamtbeschäftigung in Deutschland um circa 1,7 Millionen Menschen zurück. Bei hoch qualifizierten Erwerbspersonen haben wir jedoch ein Plus im selben Zeitraum von 1,8 Millionen. Das zeigt, dass es einen Strukturwandel hin zu wissensintensiven Wirtschaftszweigen gibt. Durch diesen Innovationsdruck steigt jedoch auch die Nachfrage nach sehr gut ausgebildeten Arbeitnehmern.

Vor allem brauchen wir mehr Naturwissenschaftler und Ingenieure. Das heißt nicht, dass nicht auch gut ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler ihre Chance in der Wirtschaft haben – im Übrigen auch Geisteswissenschaftler, wenn sie ein Grundrüstzeug in Wirtschaft mitbringen. Die Qualifikationen, die wir darüber hinaus verlangen, unterscheiden sich heute nicht sehr von denen in der Vergangenheit. Eine jüngst vom »Deutschen Industrie- und Handelskammertag« (DIHK) durchgeführte Umfrage nach dem Anforderungsprofil von Unternehmen an Hochschulabsolventen belegt eines deutlich: Fachwissen ist wichtig, aber nicht alles. Die Lernbereitschaft, ja die ›Gier‹, Neues zu lernen und der Leistungswille sind Garanten für den beruflichen Erfolg. Wir brauchen Mitarbeiter, die sich schnell auf Veränderungen einstellen können. Auch die traditionellen Werte wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, soziale Kompetenz und Teamfähigkeit sind aktueller denn je. Was wir bei unseren Hochschulen darüber hinaus gerne sehen und was in der Region bereits hervorragend umgesetzt wird, ist die Internationalität in der Ausbildung. Praktika im In- und Ausland erhöhen darüber hinaus die Chancen beim Berufseinstieg.

Engagement der Wirtschaft

Die Aktivitäten, die sich derzeit unter dem Stichwort »Hochschule 2012« in allen Regionen in Baden-Württemberg herausbilden, sind aber nicht nur ein Thema für die Hochschulen des Landes. Auch die Wirtschaft ist selbstverständlich daran interessiert, qualifizierte Mitarbeiter für ihre Unternehmen zu gewinnen. Wir haben hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten für Abiturienten, angefangen vom Berufsakademie-Studium bis zu hochwertigen Ausbildungsplätzen in den Banken und Industrieunternehmen oder in den sehr anspruchsvollen technischen Ausbildungsberufen im Maschinenbau, in der Elektronik und der Elektrotechnik. Vor allem im Hinblick auf den demographischen Wandel, der nach der »Abiturientenschwemme« 2012 direkt zu einem Abiturientenrückgang in den darauf folgenden Jahren und Jahrzehnten führt, ist die Qualifizierung der jungen Menschen in den kommenden Jahren besonders wichtig für die heimische Wirtschaft. In Zeiten, in denen die Diskussion über gefräßige Heuschrecken das Meinungsbild über Unternehmer prägt, ist es aber nicht immer einfach, wirtschaftliche und unternehmerische Denke und Zusammenhänge einer breiten und jungen Zielgruppe zu vermitteln. Dabei wird allzu schnell vergessen, dass neben Frieden und politischer Stabilität, Unternehmertum und das Funktionieren unserer Wirtschaft die Basis für Wohlstand sind. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Reutlingen versucht deshalb im Rahmen des Projektes »Wirtschaft macht Schule« jedem Schüler und auch jedem Lehrer in der Region die Chance zum regelmäßigen Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern zu geben. Nur so schaffen wir es, dass auch Entscheider in unserer Gesellschaft, die eben nicht für ein Unternehmen arbeiten, sondern für den Staat, eine Gemeinde, unser Gesundheitswesen oder die Kirche, wissen, was Unternehmertum bedeutet.

Die IHK als Moderator

Die regionale Wirtschaft kann im Rahmen der weiteren Entwicklung unserer Hochschulen außerdem noch Folgendes leisten: Die Industrie- und Handelskammer kann als Moderator zwischen Hochschulen bei Kooperationsprojekten vermitteln. Wir können bei konkreten Vorhaben und Wünschen der Hochschulen unsere Unternehmerschaft ansprechen. Wenn es zum Beispiel darum geht einzuschätzen, ob ein neuer Studiengang auf dem Arbeitsmarkt Zukunft hat, können die Unternehmen einer Branche künftige Entwicklungen oft besser absehen als das Wissenschaftsministerium, das die Studiengänge zulässt. Im Rahmen des Projekts »Hochschule 2012« wird es sicherlich auch Unternehmen geben, die einzelne Hochschulen und Fakultäten finanziell durch Stipendien, Stiftungsprofessuren oder Spenden unterstützen. Verlässliche Prognosen über künftige offene Stellen in einzelnen Wirtschaftszweigen und Absolventen einzelner Studiengänge können aber auch wir - mit oder ohne Kristallkugel nicht treffen. Dafür sind die wirtschaftlichen Entwicklungen in einem globalisierten Markt zu unstet. Als Unternehmensvertreter aus dieser Region und als Präsident der IHK Reutlingen habe ich aber das Interesse, dass auch wir für die Region den Anspruch erheben, innovativ zu sein – innovativer und dabei erfolgreicher als andere - für die Region, die Wirtschaft und den Wohlstand der Bürger.



Hochschulpublikationen

Ihr Ansprechpartner:

Monika Burzler Tel. 0821 4405-423 monika.burzler@vmm-wirtschaftsverlag.de www.vmm-wirtschaftsverlag.de



www.inmedea-simulator.net

INMEDEA Simulator

Expertise durch Transfer von Faktenwissen in Handlungswissen



- Übungserlebnis in einer qualitativ hochwertigen Patientensimulation, die in dieser Form einzigartig ist
- Modernste Technologie, die auf Java basierend, komplett internetgängig ist
- Wissensdatenbank: Repositorium Lernzielkatalog relevanter Inhalte für medizinische Ausbildung mit angegliederter Benutzerhilfe
- Patienteneditor: Einfache oder komplexe Patienten, zu Ihrem Idealpatienten editierbar
- Kursmanagement ermöglicht die Gestaltung von Lernpfaden und interaktiven Lerneinheiten
- Flexibilität bezüglich Zeit, Ort, Wiederholbarkeit und Lehrform (Vorlesung, Seminar, Eigenstudium)
- Adressaten- und Prüfungsfairness durch standardisierte Abläufe

Ingrid Hornberger-Hiller RECHTSANWÄLTIN

Tätigkeitsschwerpunkte: Vertragsrecht · Arbeitsrecht · Familienrecht

Stöcklestr. 20, 72070 Tübingen www.hornberger-hiller.de, Telefax 07071 410 808

Telefon 07071 44515



- ✓ Allgemein-, Viszeral-, Gefäßchirurgie
- ✓ Unfallchirurgie und Endoprothetik
- ✓ Gastroenterologie und Kardiologie
- ✓ Klinik für Kinder und Jugendliche
- ✓ Gynäkologie und Geburtshilfe
- ✓ Anästhesie und Intensivmedizin
- ✓ Radiologie und Nuklearmedizin
- ✓ Geriatrische Rehabilitation
- ✓ Pathologie
- ✓ Beleg- und Konsiliarärzte: Augen, Hals-Nasen-Ohren, Neurochirugie, Urologie, Vorfußchirurgie



Unsere Klinikum Friedrichshafen GmbH, akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Tübingen, ist ein modernes Krankenhaus der Zentralversorgung. Besonders für interessierte Studenten und Absolventen der Medizin bietet es zahlreiche berufliche Möglichkeiten in verschiedenen Fachabteilungen.

Zur Sicherung unseres medizinischen Qualitätsstandards sind wir kontinuierlich auf der Suche nach motivierten Nachwuchskräften.



WITTE, WELLER & PARTNER PATENTANWÄLTE







Der Schutz des geistigen Eigentums (Erfindungen, Know-How, Formgestaltungen und Firmenkennzeichen) gegen Nachahmung durch Produkt- und Markenpiraten ist das ureigenste Betätigungsfeld von Patentanwälten.

Witte, Weller & Partner ist eine der großen Patentanwaltskanzleien in Baden-Württemberg an den Standorten Baden-Baden, Stuttgart und Tübingen mit derzeit elf Partnern, weiteren Patentanwälten und technischen Spezialisten sowie mehr als 40 Mitarbeitern.

Dadurch werden alle Bereiche der Technik kompetent abgedeckt, von der Mechanik über die Elektrotechnik, Halbleiter-, Kommunikations-, Mess- und Verfahrenstechnik, die Physik, Chemie und Pharmazie bis zur Biotechnologie und Molekularbiologie. Und dies mit einem großen Potenzial an Erfahrung auf allen Gebieten des nationalen, des europäischen und des internationalen gewerblichen Rechtsschutzes – dem Patentrecht, Markenrecht, Gebrauchsmuster- und Geschmacksmusterrecht, dem Urheberrecht und Arbeitnehmererfinderrecht – aber auch auf übergreifenden Gebieten, wie z. B. dem Softwarerecht, dem Vertrags- und Lizenzrecht. Besondere Erfahrungen bestehen auf dem Gebiet der technologieorientierten Unternehmensgründungen (Start-Ups), insbesondere aus dem universitären Umfeld.

Sie erreichen uns im Internet unter www.wwp.de.

Nur keine falsche Bescheidenheit

Forschungsprojekt Geld und Lebensstil am Tübinger Soziologischen Institut zeigt neuen Trend auf



Reichtum selbstbewusst zur Schau gestellt: Stretch-Limousine im Straßenverkehr.

Allenthalben wird der Gürtel enger geschnallt, das Geld in der Haushaltskasse zusehends knapper. Urlaub? Dieses Jahr lieber nicht, vielleicht baut die Firma Arbeitsplätze ab ... Neues Auto? Muss nicht sein. Offensichtlich beschränkt sich diese Zurückhaltung beim Konsum allerdings nur auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Eine kleine, aber stetig wachsende Gruppe ist von solchen Überlegungen gänzlich unberührt, kauft die teuersten Autos und gibt immer mehr Geld für Prestigeobjekte aus: »Reichtum wird seit Anfang der 90er-Jahre wieder selbstbewusster zur Schau gestellt«, stellt Dr. Anke Wahl, wissenschaftliche Assistentin und Dozentin am Tübinger Soziologischen Institut, fest.

Nach beruflichen Stationen in Heidelberg und Berlin arbeitet sie seit sechs Jahren an ihren Schwerpunktthemen, der Sozialstrukturanalyse und quantitativen empirischen Sozialforschung in Tübingen. Dort hat sie ihr Spezialgebiet der Lebensstilsoziologie bei Prof. Christoph Deutschmann um den Aspekt des Geldes erweitert. Inwieweit sind unterschiedliche Lebensstile Ausdruck des individuellen Umgangs mit Geld? Das ist die Frage, die Anke Wahl interessiert, und die ihrer Meinung nach in der jüngeren soziologischen Diskussion zu sehr im Hintergrund stand. Während man in den 80er-Jahren noch davon überzeugt war, Lebensstil sei vor allem Geschmackssache, zeigt sich mit der Veränderung der ökonomischen Bedingungen in

der Gesellschaft wieder deutlicher die Abhängigkeit der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten vom eigenen Geldbeutel. Anke Wahl: »Das Thema Geld wird in den viel zitierten Diagnosen der Modernisierung, der Individualisierung, der zunehmenden Vielfalt von Lebenschancen und Lebensläufen nicht als eigenständige Realität berücksichtigt.« Gerade dies möchte sie mit ihrer Arbeit jetzt nachholen.

Der unsichtbare Umgang mit Geld

Die Soziologin interessiert sich dabei sowohl für den sichtbaren als auch den unsichtbaren Umgang mit den bedruckten Scheinen. Gerade die unsichtbare Seite des Geldes wie Sparverhalten, Aktienerwerb, Spekulation, Investition und auch Manipulation mit Hilfe finanzieller Mittel wurde in der soziologischen Forschung bisher kaum berücksichtigt. In Forschungspraktika mit Studierenden geht sie zum Beispiel der Frage nach, wie risiko- oder sicherheitsorientiertes Sparverhalten den Lebensstil bestimmt oder in welchem Zusammenhang Konsumstil, Sparquote, Einkommen und Vermögen stehen. Die Forschungsergebnisse der Soziologin zum sichtbaren Umgang mit Geld scheinen die immer deutlicher werdende Umverteilung finanzieller Ressourcen von unten nach oben zu belegen: »Beim oberen Fünftel der Bevölkerung nimmt der Reichtum zu. Während dieses über 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügt, verschuldet sich

das untere Fünftel der Bevölkerung immer stärker«, stellt sie fest.

Bei ihrer Untersuchung griff Anke Wahl auf repräsentative Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1993 und 2003 des Statistischen Bundesamtes für Westdeutschland zurück. Sie verwendete die Konsumausgaben der befragten Haushalte als Indikator für den Lebensstil. Dabei interessierte sie vor allem die Wirkung des vorhandenen Geldes auf die Höhe der Ausgaben für Autos, Haushalts- und Gesundheitsdienstleistungen. Welche Haushalte leisten sich zum Beispiel eine Putzfrau oder einen Gärtner? Welche Automarken werden gekauft? Wie viel geben die Befragten etwa für Wellness aus?

Die Auswertung der Daten ist eindeutig: Höhere Einkommensgruppen haben im Jahr 2003 im Unterschied zur breiten Masse der Bevölkerung einiges mehr für Luxusgüter und ein angenehmes Leben ausgegeben als noch vor zehn Jahren. Anke Wahl: »In den Jahren von 1993 bis 2003, in denen die Einkommen generell zurückgehen oder stagnieren, gibt eine kleine Gruppe der Bevölkerung deutlich mehr Geld für Prestigeobjekte aus. Ein wachsender Teil der Gesellschaft ist von den schlechten wirtschaftlichen Bedingungen offensichtlich nicht tangiert. Die materielle Spaltung der Gesellschaft hat sich in die kulturellen Aspekte von Lebensstil transformiert«, fasst Anke Wahl ihre Ergebnisse zusammen. FÖR

Dem Molekül bei der Reaktion zuschauen

Tübinger Forscher bauen Mikroskope, die den Nanobereich sichtbar machen

Unterm Mikroskop werden winzige Strukturen von Objekten erkennbar, die das bloße Auge nicht ausmachen kann. Doch auch die Auflösung eines Lichtmikroskops ist begrenzt -durch die Wellenlänge des sichtbaren Lichts. Details einer Probe müssen etwa 400 Nanometer voneinander entfernt sein, wenn sie als getrennt wahrgenommen werden sollen. Das sind zwar nur 400 Millionstel Millimeter. Aber um ein einzelnes Molekül, sozusagen die Grundeinheit eines Stoffes, zu betrachten, ist die Auflösung zu gering.

»Vor rund 20 Jahren waren noch viele Wissenschaftler der Ansicht, dass man einzelne Moleküle auch gar nicht beobachten könne«, sagt Prof. Alfred Meixner vom Institut für Physikalische und Theoretische Chemie der Universität Tübingen. Er hatte sich während seiner Doktorarbeit jedoch in den Kopf gesetzt, genau dies möglich zu machen.

Den Anstoß gab ein Vortrag von Heinrich Rohrer, der 1986 zusammen mit Ernst Ruska und Gerd Binnig den Physik-Nobelpreis erhalten hat. Heinrich Rohrer und Gerd Binnig haben das Rastertunnelmikroskop entwickelt, mit dem es Anfang der 1980er-Jahre zum ersten Mal gelang, Oberflächenstrukturen von Proben atomweise abzutasten. Allerdings ist das Rastertunnelmikroskop kein Mikroskop im herkömmlichen Sinn, denn die Daten werden Punkt für Punkt von einem Computer aufgezeichnet und anschließend zu einem Bild zusammengesetzt.

Der frisch promovierte Physikochemiker Alfred Meixner wollte Methoden aus der hoch auflösenden Laserspektroskopie und die Erfindung des Rastermikroskops miteinander verbinden, um einzelne fluoreszierende Moleküle sichtbar zu machen. Dies gelang mit einem optischen Nahfeldmikroskop, bei dem eine zu einer feinen Spitze ausgezogene und seitlich mit Metall bedampfte Glasfaser im Abstand von wenigen Nanometern über eine Probenoberfläche gerastert wird. Da nur am unteren, nicht mit Metall bedeckten Ende Licht aus der Spitze austreten kann, werden nur die Moleküle, die unmittelbar unter der Spitze liegen, zum Leuchten angeregt. Das von den Molekülen ausgesandte Licht wird Punkt für Punkt detektiert und von einem Computer zu einem Bild zusammengesetzt.

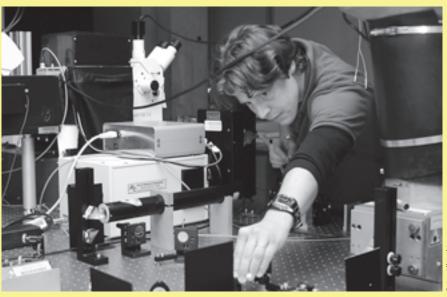
Farbiges Laserlicht

Für ihre Untersuchungen wählen die Wissenschaftler Laserlicht mit bestimmten Farben. »Damit erhält man ein Bild, das man sich so ähnlich vorstellen kann, als würde man auf der Straße eine Brille aufsetzen, mit der man nur Leute sieht, die ein grünes T-Shirt tragen«,

sagt Meixner. Die Moleküle blinken oder verändern ihr Farbspektrum, was bedeutet, dass sie ständig in Bewegung sind, auch wenn ein Stoff für die menschliche Wahrnehmung ganz hart erscheint. Daraus können die Wissenschaftler erkennen, wie ein Molekül sich faltet oder sich zu einem neuen Stoff umsetzt. Dabei verhält sich im Detail jedes Molekül in einer Substanz je nach der lokalen Umgebung individuell.

In vielen Bereichen besteht Interesse an der Nutzung der hochauflösenden Mikroskope, etwa in der Chemie, in den Materialwissenschaften oder der Biologie. »Chemiker sehen bei der Reaktion von zwei Stoffen nur im zeitlichen Mittel, was dabei passiert. Mit unseren Mikroskopen lassen sich einzelne Moleküle beobachten, sodass sich bisher unbekannte Zwischenstufen einer Reaktion festhalten lassen«, erklärt Meixner. In der Biologie und Medizin kann es wichtige Erkenntnisse bringen, zum Beispiel Enzyme, winzige Werkzeuge in den Zellen, bei ihrer Arbeit zu beobachten. Meixner forscht zusammen mit einem Teil seiner Arbeitsgruppe daran, die leistungsfähigen Mikroskope weiter zu verbessern. »Fertig zu kaufen gibt es solche Forschungsmikroskope nicht. Die müssen wir selbst bau-

Tatsächlich ist es seinen Mitarbeitern gelungen, mit der optischen Nahfeldmikroskopie eine bis zu 20-mal bessere Ortsauflösung zu erreichen, als dies mit einem konventionellen Lichtmikroskop möglich ist. »Bei diesem Verfahren dient eine sehr scharfe Goldspitze, die an ihrem äußersten Ende von einem fokussierten Laserstrahl beleuchtet wird, als nanometergroße Lichtquelle«. Ein anderer Teil der Mitarbeiter entwickelt Methoden, um Moleküle in Resonatoren nach ihrer Farbe zu sortieren oder untersucht Porphycen-Moleküle. Diese besitzen zwei innere Protonen, die hin- und herschalten können. »Das lässt sich mit unseren Mikroskopen beobachten«, sagt Meixner. Bei Raumtemperatur laufe das Hin- und Herschalten thermisch aktiviert ab. »Es müsste theoretisch bei tiefen Temperaturen >einrasten <. Das hat aber bisher bei einem einzelnen Molekül noch niemand beobachtet.« Vielleicht werden die Tübinger Forscher die Ersten sein.



Der Chemiker Frank Schleifenbaum prüft, ob die Einstellungen am Hochleistungsmikroskop stimmen.

Vom Entdecken neuer Arten

Was muss ein Biologe tun, der auf ein bisher unbekanntes Lebewesen stößt?



Sammeln, vergleichen, bestimmen, recherchieren: Bis ein Forscher sicher sein kann, dass er eine neue Art entdeckt hat, ist viel zu tun.

Dr. Sigisfredo Garnica hat bereits vier neue Arten entdeckt. Er ist Pilzspezialist am Botanischen Institut der Universität Tübingen, sein Fachgebiet sind die Schleierlinge. Obwohl »Entdeckung« nach Expeditionen und Abenteuern klingt, werden heute viele neue Arten im molekularbiologischen Labor gefunden. »Früher hat man zum Beispiel alle ähnlichen Schleierlinge mit violetten Lamellen, mit weißem Stiel und Stielknolle sowie gelbem Hut als eine Art angesehen«, erklärt Garnica, »wenn man aber die Gene analysiert, wird klar, dass es sich um mehrere Arten handeln muss.«

Trotz aller Fortschritte bleiben Neuentdeckungen ein mühsames Geschäft. »Man muss eine Organismengruppe genau studiert haben und alle Beschreibungen ähnlicher Arten kennen, um sicher zu stellen, dass man wirklich eine neue Art gefunden hat. Wenn man Pech hat, muss man auch chinesische Publikationen sichten«, sagt Dr. Erich Weber, der Leiter der Zoologischen Sammlung. Taxonomen - Taxonomie heißt das Spezialgebiet, in dem die Lebewesen in ein biologisches System eingeordnet werden - müssten oft viel herumreisen, um in Sammlungen oder Museen Vergleichsstücke zu prüfen. Von den ersten beschriebenen Exemplaren einer Art wird eines als »Typus« aufbewahrt. Dennoch, erzählt Weber, seien oft für eine Art mehrere oder sogar viele Namen im Umlauf.

Um das Namenschaos der stets binär mit lateinischen - meist latinisierten - Gattungs- und Artnamen versehenen Arten in den Griff zu bekommen, haben Biologen schon vor rund hundert Jahren ein dickes, juristisch anmutendes Regelwerk herausgegeben. »Allerdings sind es eigentlich drei Regelwerke: die Botaniker, die Zoologen und die Mikrobiologen haben jeweils ein eigenes«, sagt Weber. Das habe zur Folge, dass es zum Beispiel die Gattung *Prunella* als Tier und als Pflanze gibt – den Singvogel und den Lippenblütler Braunelle. Dabei ist die Benennung noch das geringste Problem. »Der Gattungsname muss nach Ver-

wandtschaft vergeben werden«, sagt Weber. Der zweite, der Artname, kann frei gewählt werden. »Man kann einen Pilz auch nach seiner Frau benennen«, erklärt Garnica. Er findet es aber sinnvoller, mit dem Namen ein besonderes Merkmal der Art hervorzuheben.

Eine neue Art muss in einer öffentlich zugänglichen Zeitschrift publiziert werden. Die so genannte Diagnose, eine kurze, prägnante Beschreibung, die vor allem auf Unterschiede zu bisher bekannten Arten abzielt, wird in der Zoologie meistens auf Englisch geschrieben, in der Botanik muss sie auf Lateinisch abgegeben werden. »Ein Anachronismus«, findet der Mykologe Dr. Michael Weiß vom Botanischen Institut der Universität Tübingen, obwohl er als erfahrener Lateiner seinen Kollegen schon oft bei Übersetzungen geholfen hat. Auch neue Gattungsnamen hat er schon kreiert.

»Das Besondere an einem Pilz war, dass er seine Sporen auf der Wasseroberfläche bildete, was mein Kollege Dr. Robert Bauer entdeckt hat. Die sporenbildenden Zellen sehen

dann aus wie kleine Schiffe«, erzählt Weiß. Die Gattung hat er daher Classicula genannt, das bedeutet »kleine Flotte«.

Michael Weiß selbst hat noch keine neue Art beschrieben. »Ich bearbeite unter anderem eine Gruppe von Pilzen, die kaum unterscheidbare Merkmale haben. Die DNA-Sequenzen variieren aber teilweise stärker als bei Pilzen, die wenigstens verschiedene Fruchtkörper ausbilden - wie viele DNA-Unterschiede machen da eine eigene Art aus, was sind Unterarten oder auch nur Varianten?«, fragt er. Von »kryptischen Arten« sprechen die Biologen bei solch unklaren Befunden. Denn was ist eigentlich eine Art? »Eine Art ist eine Hypothese«, sagt Erich Weber. »Aufgefasst wird sie als ein Genpool, der von einem anderen Genpool getrennt ist. Dennoch können sich manche verschiedene Arten paaren oder fortpflanzen, etwa Pferd und Esel. Es gibt scharfe Grenzen zwischen Arten. Verwirrend kann aber sein, dass ihre Bildung und Aufspaltung, zum Beispiel durch räumliche Trennung, ein ständiger Prozess ist. Die Evolution ist in vollem Gange«, erklärt Weber. Wenn alles so unbeständig ist, braucht man da die Taxonomie überhaupt? »Unbedingt«, da sind sich die drei Wissenschaftler einig, sie halten Artkonzepte trotz aller Schwierigkeiten für nötig. »Das ist die Basis für alle anderen biologischen Forschungen«, sagt Erich Weber. »Schließlich wäre die Aussage >ein bestimmtes Tierindividuum hat eine interessante Eigenschaft« wenig sinnvoll.«

Risikovorhersage für Gebärmutterhalskrebs verbessern

Tübinger Pathologen erforschen Aktivität der Onkogene in humanen Papillomaviren

Zwar gibt es seit kurzem einen Impfstoff, der vor Gebärmutterhalskrebs (Cervixkarzinom) schützen kann. Aber: »Krebsfrüherkennung ist trotzdem weiterhin notwendig«, sagt PD Dr. Karl Sotlar, Pathologe am Universitätsklinikum Tübingen. Bereits Mitte der 70er-Jahre hat man den Zusammenhang einer Infektion mit humanen Papillomaviren (HPV) und der Entstehung dieser weltweit zweithäufigsten Krebsart bei Frauen entdeckt. Durch die Impfung können zurzeit lediglich Infektionen mit zwei der circa dreizehn verschiedenen für diesen Krebs verantwortlichen Viren verhindert werden. Damit ein wirksamer Schutz entsteht, muss bereits im Kindesalter geimpft werden. Also bleibt die Lage in den nächsten 30 bis 40 Jahren trotz Impfstoff unverändert.

Test aussagefähiger machen

Grund genug für die Tübinger Pathologen, ihr Ende der 90er-Jahre begonnenes Forschungsprojekt weiterzuführen. Dieses geht in der Bekämpfung des Cervixkarzinoms jedoch einen anderen Weg: »Unser Ziel ist es, bei der Krebsvorsorge die Aussagefähigkeit des Tests auf HP-Viren zu verbessern«, erklärt Karl Sotlar. Mit den bisherigen Tests lässt sich lediglich feststellen, ob eine Infektion mit den gefährlichen Viren besteht. Solche Tests ergeben aber besonders bei jüngeren Frauen eine Infektionsrate von 30 bis 40 Prozent. 80 Prozent dieser Infektionen sind bereits nach einigen Monaten von selbst ausgeheilt und nur bei einem kleinen Bruchteil der betroffenen Frauen entsteht eventuell aus der Ansteckung mit hoch-Risiko-HP-Viren im Lauf von zehn bis 15 Jahren ein Cervixkarzinom.

Gebärmutterhalskrebs ist praktisch zu 100 Prozent heilbar, wenn er in einer seiner typischen Vorstufen bei Vorsorgeuntersuchungen rechtzeitig bemerkt wird. Laufende, damit aber teure und womöglich überflüssige Nachuntersuchungen der infizierten Frauen wären jedoch notwendig, um festzustellen, ob sich aus der Infektion eine Krebsvorstufe entwickelt hat. Das Ziel der Tübinger Forschungen lautete also: »Die wenigen Frauen herauszufinden, bei denen die Infektion nicht von selbst zum Stillstand kommt, und somit Krebs entstehen kann«, so Sotlar. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei das Genom



Sind die krebsauslösenden Gene der humanen Papillomaviren aktiv? Eine Medizinisch-Technische-Assistentin am Tübinger Institut für Pathologie untersucht dies mit Hilfe der Gel-Elektrophorese.

des Virus, das zwei krebsauslösende Gene, die Onkogene E6 und E7, besitzt. Sie haben die Fähigkeit, durch die Produktion bestimmter Eiweißstoffe, menschliche Zellen gezielt krankhaft zu verändern. Die Wissenschaft spricht von der transkriptionellen Aktivität dieser Onkogene, die möglicherweise darüber entscheidet, ob die krebsauslösende Wirkung in Gang gesetzt wird oder nicht. »Unsere Arbeitshypothese lautete: Nur bei den Frauen, bei denen die Onkogene der HP-Viren aktiv sind, können sich das Cervixkarzinom und dessen Vorstufen entwickeln«, erläutert Karl

Um herauszufinden, ob diese Annahme zutrifft, führten die Tübinger von 2000 bis 2003 in Zusammenarbeit mit der Universitätsfrauenklinik eine von der »Deutschen Krebshilfe« geförderte Studie mit circa 300 HPV-infizierten Frauen durch. Zunächst entwickelten sie eine eigene Methode, um feststellen zu können, mit welchem HPV-Typ die einzelnen Frauen jeweils infiziert waren. Dann ging es

darum, die Aktivität der Onkogene nachzuweisen: Dies gelang den Tübingern mit Hilfe der messenger-RNA-Methode.

Jetzt untersuchten die Wissenschaftler die Frauen in halbjährlichem Abstand und machten folgende Entdeckung: »Frauen, bei denen die Onkogene der HP-Viren aktiv sind, entwickeln deutlich öfter Vorstufen des Cervixkarzinoms als Frauen, bei denen keine Aktivität nachweisbar ist«, so Sotlar. Auch blieben bereits vorhandene Krebsvorstufen bei diesen Frauen deutlich häufiger bestehen oder entwickelten sich sogar weiter. Bei gesunden Frauen hingegen war die Aktivität der Virus-Onkogene, trotz HPV-Infektion, nur in circa fünf Prozent der Fälle nachweisbar.

Der Nachweis der transkriptionellen Aktivität der Onkogene wäre demnach eine Möglichkeit, im Sinne einer prädiktiven (vorhersagbaren) Pathologie, die Risikovorhersage für das Cervixkarzinom individuell zu verbessern. Eindeutige Aussagen sind aber erst nach umfangreicheren Studien möglich.

Neuphilologie auf BAMA-Kurs

Ungefähr 40 neue Studiengänge und Zulassungsbeschränkungen in den neusprachlichen Fächern

Zwei >revolutionäre < Änderungen wird es im kommenden Wintersemester in der Neuphilologischen Fakultät geben: Bis auf die Lehramtsstudiengänge wurden alle anderen Studiengänge aufgehoben und stattdessen etwa 40 neue Bachelor (BA)- und Masterstudiengänge (MA) eingeführt. Zugleich bestehen nun für sämtliche Studiengänge Zulassungsbeschränkungen. »Die Fächer der Neuphilologie wurden im vergangenen Wintersemester förmlich überrannt, da alle anderen Universitäten in Baden-Württemberg Zulassungsbeschränkungen eingeführt hatten und die Studierenden dann die in Tübingen noch freien Fächer gestürmt haben«, kommentiert Prof. Stefanie Würth. Als Studiendekanin war sie die treibende Kraft im Umstellungsprozess und hat die dafür nötige Überzeugungsarbeit geleistet.

»Sie hat für die BAMA-Studiengänge gekämpft wie Richard Löwenherz für das Christentum«, sagen manche in der Fakultät. Nun gibt es kein Zurück mehr: »Der Beschluss wurde zwar nicht einstimmig gefasst, aber er wird von der Fakultät getragen. Schließlich hat Deutschland das Bologna-Abkommen unterzeichnet und sich damit verpflichtet, es auch umzusetzen. Deswegen habe ich auch tatkräftige Mithilfe von nahezu allen erfahren«, meint Würth.

»Sechs überschaubare Semester«

Für die Studierenden bringen die neuen Studien- und Prüfungsordnungen die Vorteile der Modularisierung und der Studien begleitenden Prüfungen. »Das Gewicht der Einzelprüfung ist nicht mehr so groß für die Gesamtnote. Das nimmt viel Druck von den Studierenden«, so Würth. Im BA-Studium wird nun nicht mehr so breit studiert wie bisher: Statt zwei Hauptfächer oder ein Hauptfach und zwei Nebenfächer wählt man jetzt nur noch ein Hauptfach und ein Nebenfach. Aber: »Das Studium ist sehr voll gepackt. Wir gehen von Vollzeitstudierenden aus. Andererseits ist es ein großer Vorteil, dass die Regelstudienzeit mit sechs Semestern nun überschaubarer ist. Früher hatte sich ja die Einstellung schon im ersten Semester breit gemacht, dass es kaum einer in der Regelstudienzeit von neun Semestern schafft«,

erläutert die Skandinavistin Stefanie Würth. Wie werden die neuen Studiengänge von den Studierenden angenommen, welche ziehen besonders viele Bewerber an? Offensichtlich gibt es eine Verlagerung vom Magister ins



Warten auf die Sprechstunde beim Professor: Der Betreuungsbedarf der Bachelorstudenten wird als besonders hoch eingeschätzt.

Lehramt: dafür haben sich insgesamt 2067 Interessenten beworben. In den Fächern, die man fürs Lehramt studieren kann, gab es dagegen nur 855 BA-Bewerbungen, insgesamt haben sich 1450 Studierwillige für die BA-Studiengänge interessiert.

»Die Lehramtstudiengänge sind noch nicht modularisiert, vor dieser Aufgabe stehen wir erst noch, und insofern ähneln sie den alten Magisterstudiengängen. Viele machen ja auch schon jetzt ein Doppelstudium mit Lehramt und Magister. Das mag der Hintergrund für dieses eher konservative Bewerberverhalten sein«, erklärt Stefanie Würth. Die Zahl der Bewerber für die MA-Studiengänge ist noch gering, aber das war zu erwarten, da man dafür ja einen Bachelor von einer anderen Hochschule oder aus dem Ausland vorweisen muss.

»Die Umstellung braucht Zeit«

Auf die Lehrenden in der Neuphilologie kommt mit den neuen BAMA-Studiengängen erhebliche Mehrarbeit zu: Betreuungsaufwand, Korrektur- und Prüfungsbelastungen werden steigen. Die Studierenden müssen jetzt viel effektiver studieren, denn sie benötigen in allen Veranstaltungen, die sie besuchen, anders als früher, auch einen Schein.

Als neue Prorektorin für Studium und Lehre wird es in den nächsten Jahren Stefanie Würths Aufgabe sein, auch die anderen Fakultäten zur Einführung der BAMA-Studiengänge zu motivieren. Neben der Neuphilologie haben auch die Wirtschaftswissenschaften zum Wintersemester komplett umgestellt. Aber viele andere Fächer müssen dies noch leisten. Dazu meint Stefanie Würth: »Von der Neuphilologie wird ein heilsamer Druck ausgehen, denn den anderen Fakultäten brechen die neuphilologischen Fächer jetzt als mögliche Magister-Nebenfächer weg. Außerdem werde ich den Fakultäten vermitteln, dass so ein Umstellungsprozess in der Regel länger dauert als geplant. Man kann die Fakultäten, die noch nicht umgestellt haben, nur ermuntern, das jetzt hurtig anzugehen. Insgesamt muss man nämlich mit einem Verfahren durch alle Gremien, die juristische Prüfung und die Genehmigung im Ministerium über ein Jahr rechnen.« MS

Wissenschaft für ein breites Publikum

Die »Tübinger Sommeruniversität« stieß auch im dritten Jahr auf großes Interesse

Im dritten Jahr ihres Bestehens zog die Tübinger Sommeruniversität Anfang August 2006 wieder mehrere tausend Gäste in ihren Bann. Nach der ebenfalls in Tübingen erfundenen Kinder-Uni ist dies ein neues Format der Wissensvermittlung, mit dem die Eberhard Karls Universität einmal mehr zeigt, die Dozenten der Tübinger Sommeruniversität in den vergangenen drei Jahren nachgegangen sind. Die Hörsäle waren immer gut besetzt, wenn um 11 Uhr c.t. die Vorlesungen starteten. Vertiefende Seminare, Führungen und Exkursionen standen jeden Nachmittag um 15 Uhr auf dem Programm.



Bei der dritten Tübinger Sommeruniversität konnte man auf den Spuren der Etrusker wandeln. Da lohnte es manchmal, ganz genau hinzusehen.

dass sie ihren Bildungsauftrag nicht nur auf die Studierenden bezieht. Kooperationspartner bei diesem Festival des Wissens sind die Universitätsstadt Tübingen und die »WIT« - Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Zwei Wochen lang hielten zehn Tübinger Professoren von Montag bis Freitag anschauliche Vorlesungen zu ausgesuchten Themen ihres Fachs. »Warum entstanden auf der Schwäbischen Alb die ältesten Kunstwerke der Welt? - Wie viel Leben steckt noch in den ägyptischen Mumien? - Gibt es liberale Tendenzen im zeitgenössischen Islam? -Wie können Pflanzen sehen? - Ist die Beziehung zwischen Sport und Medien lukrativ? - Wie kann man ins Innere eines Menschen sehen?« Dies sind einige der Fragen, denen Zu besichtigen war unter anderem die Etrusker-Ausstellung im Museum Schloss Hohentübingen oder das Computermuseum des Wilhelm-Schickard-Instituts.

Eine »Wissenschaftsnacht« bereicherte erstmals 2006 die Sommeruniversität. Sie stand unter dem Motto »Was wir zu sehen denken« und wurde veranstaltet vom Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik. Der Ansturm auf die Experimente, Vorführungen und Diskussionsrunden war überwältigend. Durch spezielle Installationen wurde der Campus zwischen den Max-Planck-Instituten in ein geradezu magisches Licht getaucht und bot einen stimmungsvollen Rahmen für die verblüffenden Wahrnehmungsphänomene. Der Brückenschlag gelang in mehrfacher

Hinsicht: Komplexe wissenschaftliche Zusammenhänge wurden einem breiten Publikum anschaulich demonstriert, Geistes- und Naturwissenschaftler näherten sich dem Phänomen der Wahrnehmung auf ihre jeweils eigene Weise und erkundeten gemeinsam, wie die Welt in den Kopf hinein- und wieder herauskommt. Mit dem Thema Wahrnehmung beschäftigten sich auch mehrere Rundgänge durch die Ausstellung mit den großformatigen hyperrealistischen Gemälden von Franz Gertsch in der Tübinger Kunsthalle.

»Eine gute Einrichtung«

Zu den 22 Veranstaltungen kamen rund 4 400 Besucher, deren Eindruck durchaus positiv war. Dies geht aus der Umfrage hervor, die von der WIT jedes Jahr durchgeführt wird. »Eine gute Einrichtung, die ihresgleichen sucht in Deutschland«, urteilte ein Gast. »Finde die Idee und auch die Realisierung ganz toll. Würde mich freuen, wenn dies im nächsten Sommer wiederholt wird«, schrieb Herr W. aus Leonberg. »Klar strukturierte Vorträge mit sehr interessanten ergänzenden Führungen am Nachmittag«, meinte eine weitere Hörerin. Rund 42 Prozent der Gäste kamen der Umfrage zufolge aus Tübingen, weitere 22 Prozent reisten aus der Nachbarschaft an (bis 20 Kilometer). Rund 28 Prozent legten bis zu 80 Kilometer zurück, um das kostenlose Tübinger Bildungsangebot wahrzunehmen. Sieben Prozent der Hörerinnen und Hörer kamen aus der ganzen Bundesrepublik. »Wir freuen uns über den erneut großen Erfolg der Tübinger Sommeruniversität und über die begeisterte Zustimmung«, sagte die Tübinger Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer. »Die Sommeruniversität ist ein wichtiges Schaufenster der Universität für die Öffentlichkeit«, so Rektor Eberhard Schaich. »Sie weiterzuführen und zu einer Tradition zu machen, liegt nahe.«

Die Sommeruniversität ist Teil des »Tübinger Sommers«, zu dem auch der Theatersommer gehört, mit Aufführungen im Hof des Schlosses Hohentübingen und im historischen Saal des Tübinger Rathauses. Abgerundet wird der Tübinger Sommer alljährlich durch die »Sommerinsel«, zu der Tübinger Gastronomen einladen. Sabine Schmincke

Interkulturell studieren in der Provence

Tübingen und Aix betreiben gemeinsamen Masterstudiengang



Der Weg zum deutsch-französischen Studienabschluss führt nach Südfrankreich. Wer zugelassen ist, studiert zwei Semester in Tübingens Partnerstadt, an der Université de Provence.

Seit 1957 besteht die Partnerschaft zwischen der Université de Provence (Aix-Marseille 1) im südfranzösischen Aix-en-Provence und der Eberhard Karls Universität Tübingen, ebenso lange gibt es die Städtepartnerschaft. Über die Jahre ist aus dieser Beziehung, neben unzähligen anderen, privaten, ein vielfach erprobter Studierenden- und Wissenschaftleraustausch erwachsen.

In die Tradition dieser breit gefächerten deutsch-französischen Zusammenarbeit, die im kommenden Jahr ihren 50-jährigen Geburtstag feiert, reiht sich nun der von der Neuphilologischen Fakultät organisierte und im Wintersemester 2005/06 gestartete deutsch-französische Aufbau- beziehungsweise Masterstudiengang »Interkulturelle Deutsch-Französische Studien«/»Études Interculturelles Franco-Allemandes.«

Prof. Dorothee Kimmich vom Deutschen Seminar und Prof. Wolfgang Matzat vom Romanischen Seminar haben den Masterstudiengang ins Leben gerufen, organisieren und betreuen ihn maßgeblich. Inzwischen ist der Studiengang bei der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken (DFH) akkreditiert, die mehr und mehr zur Plattform wird für den Austausch in der deutsch-französischen Hochschullandschaft. Sie ist zudem ein unerlässlicher Finanzier, und ihrer Werbung hat die Universität Tübingen zahlreiche Bewerber

aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Frankreich zu verdanken. »In Zeiten schlechter Konjunktur für die deutsche Sprache in Frankreich ist dies natürlich eine nicht zu unterschätzende Geste. Verwunderlich bleibt allerdings, warum sich nur wenige Interessenten aus Tübingen beworben haben!«, bemerkt Kimmich.

Der Studiengang zielt auf die Erfassung eines europäischen Kulturraums, ist sowohl organisatorisch als auch inhaltlich interkulturell ausgerichtet. Über die Zulassung entscheidet aufgrund der Bewerbungsunterlagen eine deutsch-französische Jury, gegebenenfalls finden zusätzlich Aufnahmegespräche statt. Das Studienangebot in Tübingen wird aus dem Vorlesungsverzeichnis der Neuphilologischen Fakultät zusammengestellt, an der Université de Provence gibt es extra Kurse, weil die Études Interculturelles dort ein eigener Studiengang sind. Im zweiten Semester gehören Praktika in Galerien und Buchhandlungen in Aix zum Programm. Gedacht ist das Studium für Studierende, die erfolgreich einen Bachelorabschluss in den Fächern Romanistik, Germanistik oder Vergleichende Literaturwissenschaften erworben haben oder einen vergleichbaren Studienabschluss an einer deutschen oder französischen Hochschule vorweisen können, etwa den Magister. Für die französischen Studie-

renden ist ein erfolgreicher Abschluss der Licence unabdingbar; in Aix können sich Studierende der Philosophie, Geschichte oder des Faches »Conception et mise en oeuvre de projets culturels« bewerben, die über sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur verfügen. Zwischen Kultur- und Literaturwissenschaft und Linguistik kann gewählt werden, erfolgreichen Absolventen wird sowohl in Tübingen der Titel »Master of Arts« als auch in Aix-en-Provence der Titel »Master« verliehen. Dieser deutsch-französische akademische Grad eröffnet den Absolventen zusammen mit den erworbenen fremdsprachlichen Kompetenzen freilich einen sektoral und geografisch erweiterten Arbeitsmarkt. Die Einübung in ein jeweils fremdes Studiensystem und eine andere Universitätskultur spielen eine wesentliche Rolle. Denn in Frankreich arbeiten die Universitäten beispielsweise tendenziell verschulter, bei uns hingegen prägt eher selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten das Studium. Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester, die ersten beiden Semester verbringen französische und deutsche Studierende gemeinsam in Aix, dann geht's nach Tübingen. Immatrikuliert sind sie dabei an beiden Hochschulen für die komplette Studienzeit. Die Teilnehmerzahl ist pro Jahrgang auf 15 begrenzt. Die Immatrikulation erfolgt jeweils zum Wintersemester.

Jenseits aller Bürokratie bleiben die Études Interculturelles Franco-Allemandes jedoch vor allem eines: Sie bieten eine neue Perspektive. Die Möglichkeit von unschätzbarem Wert, sich mit allen Sinnen einzulassen auf das Abenteuer Auslandsstudium. Im Nachbarland leben und gemeinsam mit den Franzosen am großen Europa im Kleinen basteln. Die ersten zehn Absolventen werden im Oktober dieses Jahres ihr Diplom erhalten.

Prof. Dr. Dorothee Kimmich / Prof Dr. Wolfgang Matzat Deutsches Seminar / Romanisches Seminar Koordination Interkulturelle Studien Wilhelmstraße 50 72074 Tübingen www.germ-serv.de/master/

Fachwissen allein genügt nicht

Neue Studiengänge schreiben den Erwerb berufsbezogener Schlüsselqualifikationen vor

Deutsche Universitäten müssen in zunehmendem Maße ihren Studierenden nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern auch fächerübergreifende Schlüsselqualifikationen. Dies fordern potenzielle Arbeitgeber in der Industrie, dies ist aber auch eine klare Vorgabe des europaweiten so genannten Bologna-Prozesses, der bis zum Jahre 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum schaffen soll. Von da an wird es nur noch die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge geben, mit Ausnahme der Fächer mit staatlichen Prüfungen.

Zu den überfachlichen, berufsfeldorientierten Kompetenzen - oder Schlüsselqualifikationen – gehören EDV- und Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelles Wissen oder Grundkenntnisse in Wirtschaft und Recht. Schlüsselqualifikationen sind aber auch die Fähigkeit, einen Vortrag zu präsentieren, Konflikt- und Teamfähigkeit, Zeitmanagement oder die Fähigkeit, sich ständig weiterzubilden. Welcher Studiengang konkret welche Schlüsselqualifikationen erfordert, wird von den Fakultäten in den jeweiligen Prüfungsordnungen festgelegt.

Definierte Leistungen

Es steht den Universitäten frei, wie sie die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen organisieren. Definiert ist allerdings - für alle europäischen Länder, die am »Bologna-Prozess« beteiligt sind – was als Schlüsselqualifikationen anerkannt wird und für welche Leistungen die Studierenden wie viele Schlüsselqualifikationspunkte erhalten. Denn das Ziel ist, dass Studierende ihr Studium an allen europäischen Universitäten fortsetzen können und keine Probleme bei der Anerkennung ihrer Studienleistungen mehr haben.

In Tübingen rechnet man bis zum Jahr 2010 mit zwölf- bis dreizehntausend Bachelorstudierenden. Der »Career Service« – und davor das Programm »Studium und Beruf« - vermittelt bereits seit 2003 kostenlos in den Kursen des »Studium professionale« Schlüsselqualifikationen. Rund 30 Kurse organisiert der »Career Service« pro Semester selbst, Sprach- und EDV-Kurse werden parallel vom »Fachsprachenzentrum« und vom »Zentrum



Die überfachlichen berufsfeldorientierten Kompetenzen gewinnen immer mehr an Bedeutung.

für Datenverarbeitung« angeboten. Die Dozenten für das »Studium professionale« müssen Praxis- und Lehrerfahrung mitbringen. Nach Dozenten aus der Wirtschaft suchen muss Dr. Thomas von Schell, der Leiter des »Career Service«, trotz der eher bescheidenen Bezahlung dennoch nicht – ganz im Gegenteil. Und auch die Nachfrage bei den Studierenden übersteigt das Angebot um das Zwei- bis Dreifache. Dennoch will von Schell das Angebot des »Studium professionale« maximal verdoppeln. »Der übrige Bedarf muss von den Fakultäten selbst gedeckt werden«, erläutert von Schell das mehrgleisige Tübinger Modell. »Wir arbeiten eng mit den Studiendekanen der Fakultäten und der Prorektorin für Lehre zusammen, um in den Fakultäten rechtzeitig ein spezifisches Kursangebot aufzubauen, das unser >Studium professionale« ergänzt«.

»Naturalientausch«

Konkret gibt es bereits ein Sonderprogramm »Schlüsselqualifikationen« in diesem Wintersemester an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, das aus Projektmitteln des Wissenschaftsministeriums finanziert wird. Darin bieten Dozenten des »Studium professionale« ihre Kurse zusätzlich für Studierende der Wirtschaftswissenschaften an. »Dieses Programm soll Modellcharakter für andere große Fakultäten haben«, sagt von Schell. Ein weiterer Ansatz ist der »Naturalientausch« zwischen einer Fakultät und dem »Career Service« oder zwischen zwei Fakultäten: Eine Fakultät bietet Kurse für Studierende anderer Fakultäten an, beispielsweise einen Marketing-Kurs für alle, die nicht BWL studieren. Im Gegenzug bekommt diese Fakultät dann ein speziell auf die Bedürfnisse der eigenen Studierenden zugeschnittenes Kursprogramm.

Auch eine Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen wird angestrebt. Im Rahmen eines landesweiten Förderprojektes wird an einem internetbasierten Seminarsystem im Bereich der »Virtuellen Rhetorik« gearbeitet, das auch Studierenden anderer Universitäten die Teilnahme am »Studium professionale« der Universität Tübingen ermöglichen soll. Thomas von Schell ist überzeugt, dass die Universität Tübingen bis 2010 in der Lage sein wird, allen Bachelorstudierenden die Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die ihnen den Weg ins Berufsleben öffnen.

Das Studium professionale im Internet: www.uni-tuebingen.de/cs/study4.html

Grenzgänger einer Vielvölkerlandschaft

Die Poetikdozentur 2006 präsentiert Terézia Mora und Péter Esterházy



Terézia Mora ist eine erfolgreiche Schriftstellerin - und sie hat die Werke von Esterházy ins Deutsche übersetzt.

Die Poetikdozentur im Wintersemester 2006/07 bestreiten vom 21. bis zum 24. November zwei Schriftsteller, die auf unterschiedliche Weise Grenzgänger zwischen Ungarn und Deutschland, zwischen ost- und westeuropäischer Literatur sind. Péter Esterházy, neben Imre Kertész und Peter Nádas der bekannteste Autor der ungarischen Gegenwartsliteratur, lebt und arbeitet in Budapest, hält sich aber seit den neunziger Jahren auch immer wieder für längere Zeit in Berlin auf. Spätestens seit der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels für seine Romane Harmonie Caelestis und Verbesserte Ausgabe ist er auch im literarischen Leben der Bundesrepublik ständig präsent und beteiligt sich an aktuellen politischen und kulturellen Debatten (man denke zuletzt an seine wunderbaren Beiträge zur Fußball-WM). Terézia Mora, die 1971 in Sopron (Ungarn) als Kind einer deutschsprachigen Familie zur Welt kam, lebt seit 1990 in Berlin und machte dort bald als Schriftstellerin Furore mit ihren Erzählungen Seltsame Materie (Ingeborg Bachmann-Preis 1999) und ihrem Roman Alle Tage (2004). Zugleich ist sie eine der wichtigsten Übersetzerinnen aus dem Un-

garischen. Für ihre Übertragung von Esterházys Harmonia Caelestis erhielt sie den Jane-Scatchard-Übersetzerpreis. So werden in diesem Jahr zwei Autoren in Tübingen auftreten, die in einer Phase des Umbruchs, in der ganz Europa ein neues Gesicht erhält, eine herausragende Rolle als literarische Zeitzeugen und kulturelle Vermittler spielen.

Die alten Blöcke brachen auf

Mit dem Wendejahr 1989 brachen die alten Blockbildungen Europas zusammen. Der Fall des Eisernen Vorhangs führte in den Staaten des ehemaligen Sowjetimperiums zu einem Aufbruch nach Westen: Viele Bürger reisten aus Neugier, sehr viel häufiger jedoch auf der Suche nach Arbeits- oder Handelsmöglichkeiten in die reichen Nachbarländer, die Politiker bemühten sich um Aufnahme ihrer Staaten in die EU und die NATO. Lange bevor die »Osterweiterung« vertraglich vollzogen wurde, hatte sich durch solche -bald in beide Richtungen fließende - Ströme von Migranten, Waren, Geldern, Informationen und Ideen ein neuer europäischer Raum gebildet, in dem der ehemaligen Grenzzone des Kalten Kriegs eine besondere Bedeutung zukam. Das alte »Mitteleuropa« schien wieder aufzuerstehen: eine faszinierende Vielvölkerlandschaft, in der über Jahrhunderte hinweg Deutsche, Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen und andere mehr sich nicht nur bekriegt, sondern auch einen reichen kulturellen Austausch unterhalten hatten. Die große Teilung Europas hatte diese gemeinsame Tradition fast in Vergessenheit geraten lassen, jahrzehntelang lag Berlin eher in der Nachbarschaft von Paris als in der von Warschau, Wien näher bei Rom als bei Budapest.

Historiker können eine solche vergangene Lebenswelt beschreiben, mit Dokumenten ansatzweise veranschaulichen. Damit sie wirklich wieder zur Erfahrung werden kann, braucht es indessen die großen Erzähler. Esterházys Harmonia Caelestis gilt zu Recht bereits heute als einer der wichtigsten Romane der neueren europäischen Literatur, weil er in der Epoche der aktuellen Umgestaltung Mitteleuropas das lebendige Gedächtnis dieses grandiosen Kulturraums vorstellt. Es handelt sich um eine nicht-chronologische Chronik des Adelsgeschlechts der Esterházys, die ein beeindruckendes Panorama der Geschichte Ungarns und seiner Nachbarländer vom ausgehenden Mittelalter bis ans Ende des 20. Jahrhunderts entfaltet. Zugleich ist der Text ein poetisches Vexierspiel, das mit den Familien-Ahnen immer auch die literarischen ›Väter‹ des Autors wiederauferstehen lässt. Diese Verbindung von kulturgeschichtlicher Erinnerung, Analyse der innerfamiliären seelischen Verstrickungen und brillanter erzählerischer Artistik kennzeichnet Esterházys gesamtes Werk. Auch Terézia Moras Alle Tage ist eine faszinierende Darstellung der jüngsten europäischen Verwirrungen. Die Geschichte des ostdeutschen Bürgerkriegsflüchtlings Abel Nama, der in einer fremden Großstadt des Westens strandet (eine Mischung aus Berlin und New York), überzeugt durch sprachliche Virtuosität und eine geradezu unheimliche Milieusicherheit. Alle Tage ist vielleicht der Metropolen-Roman der deutschen Gegenwartsliteratur.

Dorothee Kimmich und Manfred Koch



Durch das Werk von Péter Esterházy bleibt die Epoche der Umgestaltung Mitteleuropas lebendig im Gedächtnis.



Gelenkbeschwerden? Wirbelsäulenprobleme? Schuppenflechte?





Unsere Angebote:

- Schwefelbad
- Fango
- Sauna
- Bewegungsbadgruppen unter therapeutischer Anleitung
- Medizinisches Aufbautraining an hochwertigen Geräten

Erweiterte Öffnungszeiten auch ohne Terminvereinbarung

Bad Sebastiansweiler • 72116 Mössingen Büro ambulante Therapie • Tel.: 07473/3783-438 E-Mail: u.eggert@bad-sebastiansweiler.de

Eine Einrichtung der Ev. Heimstiftung und der Basler Mission

SOZIETÄT

BAMMERT - LANG - HERRMANN

STEUERBERATER • WIRTSCHAFTSPRÜFER • RECHTSANWÄLTE

Karl Bammert Steuerberater Rechtsanwalt

Hermann Lang Steuerberater Vereidigter Buchprüfer

Dipl.-Betriebswirt (FH) **Bernhard Herrmann** Wirtschaftsprüfer Steuerberater

Herausforderungen annehmen, Probleme lösen...

Ob Privatperson, Gewerbetreibender oder Freiberufler – Sie suchen umfassenden Rat und erwarten kompetente Lösungen, verbunden mit einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Wir bieten Ihnen mit rund 50 qualifizierten und engagierten Mitarbeitern ein erstklassiges Angebot in den Bereichen **Steuerberatung**, **Wirtschaftsprüfung**, **Rechtsberatung und Buchhaltung**. Verlassen Sie sich drauf...

www.kanzlei-blh.d

Obere Wässere 4 72764 Reutlingen Tel. 07121. 3484-0 Fax 07121. 3484-84 blh.rt@kanzlei-blh.de Johannes-Kepler-Str. 10 71083 Herrenberg Tel. 07032. 9366-0 Fax 07032. 9366-93 blh.hbg@kanzlei-blh.de

ROSALUX

Buchhandlung im Cottahaus

Musik • Theater • Kunst Belletristik

Philosophie • Pädagogik • Psychologie Geschichte

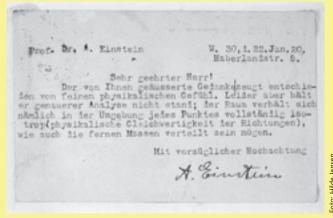
Entspannen Sie sich bei guter Literatur auf unserem Kanapee

Buchhandlung im Cottahaus Münzgasse 15 • 72070 Tübingen



Mit Kompetenz und langem Atem

Anke te Heesen und ihr Plan vom Tübinger Universitätsmuseum



Exponat aus der Ausstellung »38 Dinge im Kleinen Senat«: Antwortpostkarte von Albert Einstein auf einen Brief von Felix Genzmer

Die Ausstellung »38 Dinge im Kleinen Senat« Mitte Mai war schon ein Vorgeschmack auf das Universitätsmuseum, das in den kommenden Jahren entstehen soll. Kostbares und Kurioses aus den ›Schatzkammern‹ der Universität gab es da zu sehen. Gleichzeitig präsentierte sich Anke te Heesen, die künftige Leiterin des Unimuseums, zum ersten Mal dem universitären Publikum.

Anke te Heesen eilt ein hervorragender Ruf voraus. Die 41-jährige Sammlungsforscherin vom Berliner Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte wurde aus 240 Mitbewerbern für die Museumsleitung des geplanten Tübinger Universitätsmuseums ausgewählt. Mit der Präsentation von Wissenschaftsgeschichte kennt sich te Heesen bestens aus. Nach ihrem Studium der Kulturpädagogik in Hildesheim und der Kommunikationswissenschaft und Ästhetik in Oldenburg promovierte sie und arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am »Forschungszentrum Europäische Aufklärung« in Potsdam.

Anschließend wechselte sie zum Deutschen Hygiene-Museum in Dresden, wo sie an der Ausstellung »Der Neue Mensch« mitarbeitete. »Die Ausstellung gab mir die Gelegenheit, mein wissenschaftliches Interesse an der Sammlungs- und Klassifikationsgeschichte auch räumlich zu realisieren«, sagt te Heesen. Die Erfahrungen, die sie in Dresden sammeln konnte, seien für ihren beruflichen Werdegang von zentraler Bedeutung gewesen.

Museums- und Ausstellungsarbeit versteht sie seither als Möglichkeit, ihre Forschungsschwerpunkte zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

Für das Max-Planck-Institut der Wissenschaftsgeschichte in Berlin konzipierte Anke te Heesen in den letzten Jahren mehrere Ausstellungen. Besonderes Lob erntete sie 2002 für ihre Ausstellung »cut and paste um 1900«. Am Beispiel des Zeitungsausschnitts in den Wissenschaften gelang ihr dabei der Brückenschlag vom frühen 20. Jahrhundert ins moderne Computer-Zeitalter.

Die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart ist für sie auch ein wesentliches Merkmal des entstehenden Universitätsmuseums. an dessen Leitung sie vor allem die verschiedenen Aufgabenbereiche reizen. Zum einen müssten Strukturen und Konzepte eines Museums über einen längeren Zeitraum hinweg geplant und umgesetzt werden. Zum anderen gelte es, die wunderbaren Bestände auch in kurzen temporären Ausstellungen immer wieder öffentlich zu machen. Beides zusammen eine Aufgabe, bei der es auf Kontinuität und einen langen Atem ankommt. Diesen Herausforderungen möchte sich Anke te Heesen mit Neugierde und Offen-

Zunächst will sich die Museumsfachfrau aus dem niederrheinischen Voerde deshalb mit den verschiedenen Sammlungen der Universität vertraut machen, um dann ein Konzept zu entwickeln, mit dem sich deren Vielfalt unter einem Dach vereinen lässt, »Nicht zuletzt ist das Universitätsmuseum Teil der corporate identity der Universität und spiegelt deren ganze Vielschichtigkeit«, beschreibt te Heesen die repräsentative Aufgabe des neuen Museums. Nach außen wie innen soll es Identität und Identifikation stiften.

Bei der Präsentation der Objekte legt die designierte Museumsleiterin Wert darauf, deren gesellschaftlichen und zeitgenössischen Kontext deutlich zu machen. Nicht allein welche Stücke, sondern auch wie diese ausgestellt sind, ist für te Heesen wichtig: »Die räumliche Darstellung führt zu einer vertieften Kenntnis der Objekte und veranschaulicht zugleich den Zustand unserer vergangenen wie gegenwärtigen Wissenskultur.« Dieser Überzeugung folgend möchte sie auch das Tübinger Unimuseum zu einem Ort machen, der den Besuchern die Geschichte der Universität lebendig vor Augen führt und zugleich mit aktuellen Forschungsansätzen aus Natur- und Geisteswissenschaften vertraut macht.



An der Erarbeitung eines Konzepts für das neue Unimuseum reizt Anke te Heesen die Vielfalt der Aufgaben.

Von Anfang an im Pfleghof

Veranstaltungen und Konzerte zum 125-jährigen Jubiläum der Musikwissenschaft in Tübingen

Im Jahr 1881 wird der Tübinger Universitätsmusikdirektor Emil Kauffmann, seit Herbst 1877 in seinem Amt, von der Philosophischen Fakultät habilitiert und erhält die venia legendi. Fortan hält er regelmäßig Vorlesungen im Fach »Musikwissenschaft«. Einen Lehrstuhl bekommt er allerdings nicht, und erst 1889 wird ihm der Titel eines außerplanmäßigen Professors verliehen. Der Studiengang »Musikwissenschaft« wird sogar erst 1921 etabliert. Bis dahin machen Studierende der Musikwissenschaft ihren Abschluss in Theologie oder einer anderen bereits etablierten Disziplin der philosophischen Fakultät. Dennoch bedeutet die Verleihung der Lehrbefugnis den Beginn der wissenschaftlichen Disziplin »Musikwissenschaft« in Tübingen. Und seit diesem Zeitpunkt hat die Musikwissenschaft auch ihr festes Domizil im »Bebenhäuser Pfleghof in Tübingen«.

Das Musikwissenschaftliche Institut unter Leitung von Professor Manfred Hermann Schmid und das Collegium Musicum unter Leitung von Universitätsmusikdirektor (UMD) Tobias Hiller haben für dieses doppelte Jubiläum zahlreiche Sonderveranstaltungen organisiert. Studierende haben die Ausstellung »125 Jahre Musikwissenschaft an der Universität Tübingen« erarbeitet, die am 16. November eröffnet wird. Gastvorträge, unter anderem von dem israelischen Pianisten und Musikwissenschaftler Benjamin Perl, Seminarveranstaltungen sowie eine Ringvorlesung im Studium Generale zum Thema »Operndämmerung? Krisen und Reformen des europäischen Musiktheaters« runden das Jubiläumsprogramm ab. Und auch eine Reihe von Konzerten spiegelt auf sehr unterschiedliche Weise 125 Jahre musikwissenschaftliche Forschung in Tübingen wider.

Am 22. November kommt das Italienische Liederbuch von Hugo Wolf zur Aufführung. Emil Kauffmann (UMD 1877-1907) förderte den 24 Jahre jüngeren Komponisten Wolf zeitlebens, seine Rezension von Wolfs Mörike-Liederbuch war mitentscheidend für dessen musikalischen Durchbruch. Wolf selbst machte 1890 erstmals einen Abstecher nach Tübingen. Die freundliche Aufnahme im Hause Kauffmann, das Lesen in Mörike-Autographen, ein Hausmusikabend mit eigenen Vertonungen von Mörike, Eichendorff und Goethe – all das gefiel Wolf sehr und er schrieb später an seinen Gönner: »Mit größter Freude und dem innigsten Entzücken gedenke ich der vorüber gerauschten Stunden in Tübingen. Sie sollen mit goldenen Lettern im Buche meines Lebens sein...«. Es folgten zwei weitere Tübingen-Besuche in den Jahren 1891 und 1894, was Wolf schließlich zu der Aussage brachte: »Ich fange an in Tübingen Mode zu werden.« Und in der Tat hat Tübingen bis heute einen festen Platz sowohl in der Wolf-Forschung wie auch in der Aufführung von Wolfs Werken.

Bach, Schostakowitsch, Dadelsen

Auch die Bachforschung hat in Tübingen Tradition. Die Originalpartitur von Johann Sebastian Bachs h-Moll-Messe, die am 10. Dezember in der Stiftskirche zur Aufführung kommt, lagerte von 1943 bis 1964 in der Tübinger Universitätsbibliothek. Zusammen mit anderen Bach-Handschriften aus der berühmten Sammlung von Carl Philip Emanuel Bach war sie im Zweiten Weltkrieg von der Berliner Bibliothek an den Neckar ausgelagert worden. Nach dem Krieg nutzten der Leiter des Musikwissenschaftlichen Instituts Walter Gerstenberg (1952-1970) sowie sein Nachfolger Georg von Dadelsen (1971-1983) diesen Fundus und machten Tübingen zu einem Zentrum der deutschen Bachforschung bis heute. Ein Kammermusikabend mit Werken von Dmitri Schostakowitsch, stellvertretend für den Tübinger Forschungsschwerpunkt »russische Musikgeschichte«, eröffnet das Wintersemester bereits am 26. Oktober musikalisch. Am folgenden Tag konzertiert das Janus-Ensemble in Tübingen mit einem musikalischen Doppelporträt: Die Komponisten Babette Koblenz und ihr Lebensgefährte Hans-Christian von Dadelsen, Sohn von Georg von Dadelsen, verbinden in ihren Werken Minimal- und PopArt mit komplexer Rhythmik. Eine Musik, die gleichermaßen in der Tradition steht und nach vorne blickt - genau wie die Musikwissenschaft in Tübingen.



Seit 125 Jahren hat die Tübinger Musikwissenschaft ihren Sitz im Pfleghof. Informationen zum Jubiläum unter: www.uni-tuebingen.de/collegium oder www.uni-tuebingen.de/musik

Umstrittene Bildlichkeit auf Münzen im Vorderen Orient

Antike und islamische Tradition in einer Sonderausstellung







otos: поотав дасптапп

Hasankeyf, Mitte des 12. Jahrhunderts: Die islamischen Münzbilder zeigen die Entwicklung von christlichen Motiven, wie dem schreitenden Engel (ganz links), über die Reproduktion antiker hellenistischer Münzbilder hin zur Entwicklung einer eigenen Porträtkunst. (Mitte und rechts)

Vor zwei Jahren stellte sich der zum Orientalischen Seminar gehörenden Forschungsstelle für Islamische Numismatik die Aufgabe, für die noch bis zum 5. November 2006 in den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim gezeigte Ausstellung »Saladin und die Kreuzfahrer« Münzen aus der Universitätssammlung herauszusuchen. Angesichts der vorhandenen Materialfülle und der Vielfalt darstellbarer Aspekte des nahöstlichen Geldwesens in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstand die Idee, eine Sonderausstellung zu diesem Themenbereich im Museum Schloss Hohentübingen der Universität zu zeigen. Diese wird unter dem Titel »Antike Bilder – Islamische Tradition. Münzgeld und Münzbilder im Nahen Osten zur Zeit Saladins und der Kreuzfahrer« vom 24. November 2006 bis zum 25. Februar 2007 zu sehen sein.

Die nahöstliche Geschichte des 12. Jahrhunderts mit seinen türkischen Staatsneubildungen und Kreuzzügen lässt sich nicht sinnvoll auf einen reinen Ost-West-Gegensatz reduzieren. Ebenso wenig kann die Geldgeschichte auf einen einfachen Nenner gebracht werden. Denn hier offenbaren sich Überraschungen und merkwürdige Fähigkeiten zu Grenzüberschreitung und äußerlicher Anpassung. So wanderten infolge einer Münzreform des byzantinischen Kaisers Alexios ab 1091 Tonnen von Kupfermünzen nach Ostanatolien, Armenien und Syrien, wo Byzanz schon Jahrzehnte zuvor Herrschaft und politischen Einfluss verloren hatte, um dort für weitere 120 Jahre im Geldumlauf zu bleiben. Auch byzantinisches Gold blieb zwischen

Euphrat und Tigris weit in das 12. Jahrhundert hinein beliebt. Dies verhalf den im Islam wenig geschätzten Bildern wieder zu gern akzeptierter Selbstverständlichkeit. Daneben zeigt die Ausstellung die unterschiedlichen Reaktionen muslimischer Staaten, die von Übernahme und vielfältiger Transformation der Bildlichkeit bis zur Rückbesinnung auf die reine Schriftgestaltung reicht. In der Ausstellung wird jedoch den Bildern der breitere Raum gewährt. Denn vor allem die turkmenischen Herrschaften Nordmesopotamiens mit ihrer überwiegend christlichen Bevölkerung haben großformatige Kupfermünzen mit einer Bildlichkeit hervorgebracht. Sie beginnt mit genuin christlichen Darstellungen, welche überall sehr schnell von antiken Bildern ersetzt werden. Diese werden ihrerseits um 1185 für zwei Jahrzehnte von Sternbildern abgelöst. Der Kurde Saladin dagegen erweist sich als orthodoxer Muslim und guter Ökonom: Er stellt die rein schriftlichen Münzen wieder her, vorzugsweise in gutem Gold und Silber. Nur in Nordmesopotamien muss er sich nach kurzer Gegenwehr in die Bildlichkeit fügen. So entstehen die einzigen erhaltenen zeitgenössischen Darstellungen Saladins, Kupfermünzen in Miyafariqin (heute Silvan, Osttürkei), dem nördlichsten Zipfel seiner Herrschaft.

Und die Kreuzfahrer? Während die Tübinger Universität eine der weltweit größten Sammlungen islamischer Münzen besitzt, sieht der Bestand an Kreuzfahrermünzen eher kläglich aus. Eine Handvoll süddeutscher Silbermün-

zen aus dem so genannten Barbarossaschatz aus dem Dritten Kreuzzug von 1187 kann aus eigenem Bestand gezeigt werden. Glücklicherweise fanden sich Dr. Wolfgang und Ingrid Schulze, die gegenwärtig wissenschaftlich aktivsten Sammler von Kreuzfahrermünzen, bereit zu leihen, was fehlt. So wird es möglich sein, die frühen unter byzantinischem Einfluss stehenden Münzen der Grafen von Edessa und Herzöge von Antiochia zu sehen wie auch die eher europäisch anmutenden Pfennige des Königreichs Jerusalem und der Grafen von Tripolis. Der Schwerpunkt wurde jedoch auf Grenzüberschreitungen gelegt, auf die Goldmünzen der Kreuzfahrer von arabischem Typ oder die in Akkon aus europäischem Mittelgebirgssilber für den Umlauf in Syrien geprägten Münzen mit islamischem Glaubensbekenntnis, welche 1253 nach einem päpstlichen Verbot »christianisiert« wurden, aber doch arabisch blieben. So dokumentiert die Ausstellung aus dem Raum zwischen Ägypten und Kurdistan und der Zeit von etwa 1100 bis 1260 eine erstaunliche Vielfalt kultureller und ökonomischer Impulse mit gegenseitiger Durchdringung, die den politischen und religiösen Anstrengungen jener Zeit gegenüber steht.

Vorbereitet wurde die Ausstellung gemeinschaftlich vom Archäologischen und Orientalischen Seminar. Studierende erarbeiteten die Hintergrundtexte und nahmen die Auswahl der Exponate unter Anleitung von Prof. Dr. Reinhard Wolters und Dr. Lutz Ilisch vor.



Mosul 1191: Mondpersonifikation aus der Zeit, als Saladin seine größten Gegner in Mosul unterworfen hat. Zu dieser Zeit hat er an unterschiedlichen Münzstätten die Verwendung von Sternbildern eingeführt, welche die antikisierenden Personendarstellungen nach antikem Vorbild abgelöst haben.

 $Die\ Ausstellung\ "Antike\ Bilder-Islamische\ Tradition.\ M\"{u}nzgeld\ und\ M\"{u}nzbilder\ im\ Nahen\ Osten$ zur Zeit Saladins und der Kreuzfahrer« ist im Museum Schloss Hohentübingen vom 24. November 2006 bis zum 25. Februar 2007 zu sehen.

»Kein Bild, kein Ton – wir kommen schon!«

Ohne Wolfram Schillinger und Margrit Paal würde manch eine Stimme ungehört in Kupferbau und Neuer Aula verhallen. Die beiden Medientechniker sorgen dafür, dass in den Hörsälen vom Mikrofon bis zum Beamer alle Geräte einsatzbereit und alle Kabel richtig gestöpselt sind.



Der Blick aus der Regie: Der Dozent ist verkabelt, die Mikrofone funktionieren, das Bild ist an die Wand projiziert und das Licht gedimmt. Wenn Ruhe einkehrt, sorgen die beiden Medientechniker für den richtigen Ton im Audimax.

Sie tippt konzentriert auf den Tasten ihres Mobiltelefons herum und stopft es dann zurück in die Hosentasche. »Das war ein Ortstermin, im Evangelischen Stift. Musste ich gleich einspeichern. Entschuldigung, es kommt wieder alles auf einmal«, sagt Margrit Paal. Es ist zehn Uhr vormittags im Audimax in der Neuen Aula. In Kürze, um 11.15 Uhr, beginnt die zweite Vorlesung der Tübinger Sommeruniversität. Margrit Paal ist gerade dabei, den Beamer anzuschließen und die entsprechenden Kabel ins zuvor vom Dozenten vorbeigebrachte Laptop zu stöpseln, als ihr Handy klingelt. Aus der Regie am anderen Ende des Hörsaals ruft ihr gleichzeitig ihr Kollege Wolfram Schillinger ein paar Dinge übers Mikro zu: Soundcheck. Das portable Mikrofon in Margrit Paals Hand funktioniert schon einmal. Auch das Laptop sollte dies mittlerweile tun. Irgendetwas stimmt jedoch nicht mit dem Format der mitgebrachten Präsentation. Kurzerhand muss ein anderes Gerät organisiert werden. Glücklicherweise trägt der Hiwi des vortragenden Dozenten eines mit sich herum. Mit dem neuen Gerät funktioniert auch die Darstellung endlich.

Alles durchorganisiert

Auf dem Tisch liegt der Plan: Tag, Dozent und Uhrzeit, Titel der Veranstaltung und zuletzt die benötigte Technik sind dort verzeichnet: Meistens sind das - bei Vorlesungen zumindest - ein Beamer oder der gute alte Overheadprojektor. Eine kleine Probe und das gewünschte Bild wird vom Laptop an die Wand projiziert. Der Saal hat sich unterdessen gefüllt, gleich kann es losgehen. In der Regie am oberen Ende des Saales sitzt der Medientechniker Wolfram Schillinger und schiebt die letzten bunten Knöpfchen am Mischpult in die richtige Position. Dann drückt er die Aufnahmetaste, öffnet das Schiebefenster, damit er die Tonqualität beurteilen und eventuell die Lautstärke nachregeln kann. Nun kann er sich – vorausgesetzt, es passieren keine technischen Pannen - zufrieden zurücklehnen. Um ihn herum liegen zusammengerollte farbige Kabel, stehen Videogeräte,

DVD- und CD-Player, ein Diaprojektor, Aufnahmegeräte, Kreuzschienen und der Touchscreen. Doch nicht immer läuft es so störungsfrei.

Dass schon erfolgreich getestete Mikrofone in letzter Minute ihren Dienst verweigern, ist erst jüngst bei der Kinder-Uni vorgekommen. Da heißt es losflitzen und rasch ein anderes auftreiben. Und die Ruhe bewahren, denn nicht jeder Dozent wird gerne zweimal verkabelt. Ein unangenehmeres Missgeschick passierte kurz vor Beginn einer anderen Kinder-Uni-Vorlesung: Aufgrund einer falsch eingestellten Frequenz wurde der Soundcheck versehentlich zeitgleich in einen anderen Saal im Kupferbau übertragen, in dem ausgerechnet die Semesterabschlussklausuren geschrieben wurden. Sehr stressig wird es, wenn die Medientechniker in letzter Minute die Ansage erreicht, dass eine Veranstaltung doch gefilmt werden solle. Kommt dann der Umstand hinzu, dass einer der beiden alleine Dienst hat, ist Multitasking gefragt. Dann baut Wolfram Schillinger die Kamera auf, stellt sie richtig ein, muss aber gleichzeitig das Mischpult bedienen und die jeweiligen CD oder Kassetten-Aufnahmen starten und beaufsichtigen. In großen Hörsälen, deren Akustik »problematisch« ist, bewegt man sich dabei häufig an der Rückkopplungsgrenze, um eine angemessene Lautstärke zu gewährleisten. Diese technische Gratwanderung kann dann unangenehmes Pfeifen verursachen; um es auszuschalten, ist ständiges Nachregeln vonnöten.

»Am liebsten sind uns die Leute, die im Vorfeld an uns herantreten und uns erzählen, was sie vorhaben. Dann machen wir zusammen eine Ortsbegehung und besprechen, wie wir das mit der Technik am besten machen«, sagt Margrit Paal. Zu diesem Zwecke sind die beiden übers Handy allzeit erreichbar. Vor ihrem Büro im Kupferbau hängt darum auch der Hinweis: »Kein Bild, kein Ton – wir kommen schon!« und nebendran ein Telefon, das auf Knopfdruck automatisch die gewünschte Mobiltelefonnummer anwählt.

Unter Zeitdruck kann es schnell auch mal schwierig werden. Denn viele Dozenten bedenken nicht, dass ihre Vorstellungen vom Ablauf einer Veranstaltung sich nicht mit den technischen Gegebenheiten vereinbaren lassen. Auslöser für Komplikationen im alltäglichen Hörsaalbetrieb sind aber meistens »nur« Bedienungsfehler der Vortragenden, diese zu lokalisieren - und zu beheben - ist Hauptbestandteil des Tagesablaufs.

Seit Mai vergangenen Jahres an der Universität Tübingen angestellt, sind die 28-jährige Margrit Paal und der 26-jährige Wolfram



Noch ist der Saal nicht voll: Die beiden Medientechniker Wolfram Schillinger und Margrit Paal besprechen den Ablauf der Vorlesung.

Schillinger im Dienste der Technik unterwegs und garantieren den reibungslosen Ablauf zahlreicher Veranstaltungen. Dies können sein das Studium Generale, Vorträge, Präsentationen, Weltethos-Reden, Filmvorführungen oder die Kinder-Uni, um nur einige zu nennen. Als »Technische Angestellte im Bereich Haustechnik / Medientechnik« am Dezernat II betreuen die beiden Medientechniker den gesamten Bereich der »Taluniversität«: die Neue Aula, den Kupferbau, die Alte Physik, die Universitätskasse, den Hörsaal Keplerstraße, die Alte Archäologie, das Theologikum und das Verfügungsgebäude in der Wilhelmstraße. In den Semesterferien wollen die Geräte gewartet sein. Im Kupferbau muss beispielsweise die komplette Anlage, deren Technik Schillinger als »höchst ausgefeilt« bezeichnet, getestet werden.

Ein Glück für die Uni

Dass die Tätigkeit der beiden Medientechniker schon nach kurzer Zeit eine sehr positive Auswirkung auf die Veranstaltungskultur an der Universität hatte, bestätigt Universitätsrektor Eberhard Schaich: »Die Verlässlichkeit auf diesem für die Universität lebenswichtigen Sektor hat sowohl im alltäglichen Vorlesungsbetrieb als auch bei Großveranstaltungen und Events deutlich zugenommen. Es war dringend notwendig, dass sich die Universität in diesem Bereich verbesserte, und das ist vollauf gelungen.« Margrit Paal hat eine dreijährige Ausbildung zur »Fachkraft für Veranstaltungstechnik« an der Event-Akademie Baden-Baden absolviert. Wolfram Schillinger lernte in der Medienabteilung der Universität und beim Südwestrundfunk (SWR) und ist »Mediengestalter Bild und Ton«. Irgendwann habe sie festgestellt, so Paal, deren Begeisterung hauptsächlich der Planung und Durchführung von Events gilt, »dass die beste Organisation nichts nützt, wenn die Technik nicht funktioniert.« Aus diesem Grund habe sie sich damals zu ihrer Ausbildung entschlossen. Deren praktischen Teil verbrachte sie in der Tübinger Firma »Bewegte Bilder Medien AG«, organisierte in dieser Zeit beispielsweise das Tübinger Sommernachtskino mit. Dort lernte sie alles über Licht, Ton, Bühnenund Elektrotechnik, sie kennt sich mit Statik und Mechanik aus und mit Sicherheitsvorschriften, Kalkulationen und Veranstaltungsorganisation.

Es ist inzwischen nach 22.30 Uhr, die Studium Generale-Vorlesungen sind vorüber, die letzten Zuhörer haben den Kupferbau verlassen. Wie schon unzählige Male zuvor, knipsen die beiden das Licht aus und ziehen die Türen hinter sich zu. Für Wolfram Schillinger, der die Kameraausrüstung schultert, sind die Tage im Kupferbau allerdings gezählt. Künftig möchte er sich anderen Aufgaben zuwenden. An diesem Abend jedoch wird er sich noch als Kameramann für einen Dreh der Medienabteilung in der Neuphilologie betätigen. »Damit ich es nicht verlerne!« Seine Kollegin hingegen schwingt sich aufs Rad: »Ich muss noch die Technik checken in der Wagenburg, dort sind Kulturtage.« Besagte Technik hat sie freilich zuvor selbst aufgebaut. Eva Kissel Beratung
Konzeption
Produktion



Medienexperten | Besprechen Sie schon im Vorfeld Ihre Produktionen mit uns. Als Spezialist für Druck- und Medienaufträge optimieren wir Ihre Projekte auf Qualität, Termin und Aufwand.

Von niedrigen bis hohen Auflagen, Premiumqualität, Veredelung oder Konfektionierung, wir sind der Ansprechpartner für alle Produktionsfragen.

Gerne beraten wir Sie vor Ort.

Print | Prospekte, Zeitungen, Zeitschriften, Kataloge, Plakate, Flyer, Geschäftsdrucksachen, Bücher, Displays, Mailings, Bedienungsanleitungen, Verpackungen.

Medien | Webseiten, Webdatenbanken, CDs, DVDs, Präsentationen, Produktvideos.

LFC print+medien GmbH

August-Bebel-Straße 9 · 72072 Tübingen

Telefon (0 70 71) 6 88 90 10 info@lfc-print.de Telefax (0 70 71) 6 88 90 19 www.lfc-print.de



AutoTechnikService vom Feinsten

FORMEL REIFF



- Reifenmontage und Radwechsel
- Große Reifenund Alufelgenauswahl
- Auspuff-, Bremsen-, Stoßdämpfer- und Ölservice
- modernste Achsvermessung
- **■** Klimaanlagencheck



72072 Tübingen • Schaffhausenstr. 91Tel.: 07071/33014+15 • Fax: 07071/38225
E-Mail: rs.tuebingen@reiff-gmbh.de

www.reiff-reifen.de





Die Universität gratuliert dem Vorsitzenden des Unibundes zum 70. Geburtstag

Anlässlich des 70. Geburtstages des Unibundvorsitzenden, S.K.H. Carl Herzog von Württemberg, veranstalteten Universität und Universitätsbund am 22. September eine kleine Matinee auf Schloss Hohentübingen. Vor rund 100 geladenen Gästen übermittelten alter und neuer Rektor noch einmal Gruß- und Glückwünsche an den Jubilar. Der noch amtierende Rektor Eberhard Schaich sagte: »Wir schätzen uns glücklich, Sie seit vielen Jahren nicht nur als Ehrensenator sowie als Vorsitzenden des Universitätsbundes und der Universitätsstiftung um uns zu haben, sondern auch als einen Rat- und Ideengeber von höchstem Rang in allen Universitätsangelegenheiten und vor allem in den immer wichtiger werdenden Außenbeziehungen unserer Universität. Sie haben uns über all die Jahre hinweg reichlich beschenkt und uns im persönlichen Gespräch und bei offiziellen Anlässen wissen lassen, dass Sie Ihre Ehrenämter an der Universität stets als Anlass und Verpflichtung sehen, anderen eine Freude und ein Geschenk zu machen. Dies hat uns sehr berührt und wir alle danken Ihnen für Ihre Großherzigkeit und für die Nachhaltigkeit und Intensität, mit der Sie sich stets für Ihre Eberhard Karls Universität engagiert haben und immer noch engagieren.« Der Jubilar erhielt die erste Ausgabe des soeben



Eberhard Schaich und Bernd Engler überreichen Herzog Carl den Tübinger Professorenkatalog

erschienenen ersten Bandes des Tübinger Professorenkatalogs überreicht. Dieses fast 500 Seiten umfassende bio-bibliographische Werk, bearbeitet von Miriam Eberlein und Stefan Lang und herausgegeben von Sönke Lorenz, wurde dem Jubilar persönlich durch Widmung des Rektors zugeeignet. Professor Sönke Lorenz hielt auch den Festvortrag zum Thema »Graf Eberhard und seine Universität: 20 Jahre Ringen um Lehrund Wissenschaftsbetrieb, Verfassung und Ausstattung 1476-1496«.

Preisgeld fließt in die Gründung der »Stiftung Junge Universität« ein

Die Tübinger Kinder-Uni wurde mit dem »Descartes Prize for Science Communication« der Europäischen Union 2005 ausgezeichnet. Michael Seifert, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universität, nahm den Preis im Dezember 2005 in London entgegen. Das Preisgeld in Höhe von 50 000 Euro wurde zur Errichtung der »Stiftung Junge Universität« an der Universität Tübingen verwendet. Die Stiftungsurkunde wurde im Rahmen der Vorstandssitzung unmittelbar vor der Mitgliederversammlung am 16. Mai feierlich unterzeichnet. Mit dieser Stiftungsidee soll eine besondere Art der Nachwuchsförderung möglich werden, nämlich die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an die Studien- und Forschungslandschaft der Eberhard Karls Universität. Die Stiftung soll vor allem Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Kinder-Uni und dem Kinder-Uni-Forschertag unterstützen, aber auch Veranstaltungen, die im Zeichen der Zusammenarbeit von Schulen

und Kindergärten mit der Universität stehen. Ein besonderes Anliegen ist der Stiftung die Förderung von Projekten und Aktivitäten zur Heranführung so genannter bildungsferner Schichten an die Universität. Die »Stiftung Junge Universität« ist die 19. rechtlich unselbstständige Stiftung, die der Universitätsbund treuhänderisch als Sondervermögen verwaltet und betreut. Einmal mehr übernimmt er damit die Funktion eines kleinen Stifterverbandes.

Dank und Ehrung für langjährige Mitglieder



Am 16. Juni fand die diesjährige Festveranstaltung zur Ehrung langjähriger Unibund-Mitglieder im Großen Senat in der Neuen Aula statt. Der Vorsitzende des Universitätsbundes, Carl Herzog von Württemberg, und Rektor Eberhard Schaich zeichneten 147 langjährige Mitglieder mit Medaillen, Urkunden und dem Palmenbuch aus. Mit dieser

Geste danken sie den Mitgliedern für ihre ideelle und materielle Unterstützung über all die Jahre hinweg. Die langjährige Mitgliedschaft in der »Vereinigung der Freunde der Universität« sei nicht nur Ausdruck freundschaftlicher Verbundenheit mit der alma mater. Zahlreiche Mitglieder seien dadurch auch über lange Jahre hinweg im privaten Umfeld und Freundeskreis - und manche darüber hinaus auch im öffentlichen Bereich - »Botschafter für die Anliegen dieser Universität«. Rektor Schaich hielt den Festvortrag über »die Bedeutung des Weinbaus in Geschichte und Gegenwart der Universität«. Diesem Thema konnten sich alle Jubilare im Anschluss an diese Jubiläumsfeier auch in praktischer Weise widmen. Dabei wurden Erinnerungen ausgetauscht und alte Freundschaften erneuert.

Neu im Unibund

Janina Aichele, Tübingen Elke Begander, Tübingen Carolin Bischoff, Neulingen Jan-Claude Bischoff, Tübingen Dr. Kathrin Boehme, Tübingen Linda Böhm-Czuczkowski, Tübingen Benjamin Bräuer, Bretten Joachim Brüser, Stuttgart Sofia Chico, Tübingen Insa Deimann, Tübingen Carmen Diez Perez, Tübingen Emre Duran, Tübingen Tetjana Eisner, Stuttgart Nina Elicker, Tübingen Iuliana Enache, Ludwigsburg Manuela Falk, Saarbrücken Katrin Fürst, Stuttgart Vincenza Galdino, Tübingen Andreas Gälle, Tübingen Jonas Gasthauer, Gernsbach Eva Gottwald, Tübingen Tim Gürtler, Tübingen Prof. Dr. Stefan Haderlein, Tübingen Philipp Hahn, Stuttgart Prof. Dr. Thomas Horstmann, Tübingen Adalbert Richard Horvath, Tübingen Uwe Iwens, Grafenberg Steven Jantz, Tübingen

Ole Kazich, Tübingen Vera Keicher, Tübingen Markus Kettnacker, Tübingen Stephan Klingenberg, Tübingen Katrin Knauder, Tübingen Alexander Kobusch, Tübingen Anke Leins, Tübingen Steve Lutzmann, Zürich Gudrun Merkle, Tübingen Prof. Dr. Achim Mittag, Tübingen Max Markus Mutschler, Tübingen Sebastian Niesar, Tübingen Kathrin Obergfell, Urbach Ursula Offenberger-Kazich, Tübingen Margrit Paal, Tübingen Eva Pettinato, Tübingen Marta Przysiecka, Tübingen Stefan Raths, Tübingen Melanie Ratz, Tübingen Dietrich Remmert, Tübingen Tobias Hans Röcker, Homberg Anna Schmid, Tübingen Sabine Schöll, Nürtingen Ralf Alexander Sedlak, Tübingen Tanja Seifried, Tübingen Susanne Spalteholz, Tübingen Annica Starke, Tübingen Marie-Theres Stenge, Tübingen Lidia Suchan, Holzgerlingen

Tsvetomir Svilenov, Tübingen Konstantina Tassoul, Jettenburg Ana-Cornelia Tripa, Tübingen Elisaveta Tsvetkova, Tübingen Christophe Venet, Tübingen Mengyao Xu, Tübingen Galina Zlatareva, Tübingen

Wir trauern um

Prof. Dr. Sachiko Asai, Tokio Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Otto Bachof, Ulrike Ruth Benzing, Tübingen Prof. Dr. Walther Graumann, Tübingen Helge Günther, Tübingen Prof. Dr. Hans Heimann, Tübingen Dr. Irmgard Held-Schmidt, Stuttgart Prof. Dr. Dres. h.c. Norbert Kloten, Tübingen Oskar Lützow, Füssen Bruno Pietsch, Tübingen Ehrensenatorin Hedwig Rieth, Tübingen Dr. Alfons Stierle, Pfronten Gertrud von Heiseler, Brannenburg Prof. Dr. Alfred Weber, Reutlingen

Miriam Jetter, Tübingen

Die Hochschulleitung ist in zwei bewährten und acht neuen Händen



An der Universität Tübingen hat seit Anfang Oktober ein neues Rektorat das Ruder der Hochschulleitung übernommen. Das Durchschnittsalter des Rektorats ist durch den Wechsel leicht - von 58,2 auf 51,8 Jahre - gesunken. Unserer Fotografin Katja Weber präsentierte sich das neue Rektorat schon im September vor der Neuen Aula (rechtes Foto): Von links nach rechts sind der Physiker Prof. Herbert Müther (Prorektor für Forschung), Kanzler Andreas Rothfuß, die Skandinavistin Prof. Stefanie Würth (Prorektorin für Studium und Lehre), der neue Rektor und Amerikanist Prof. Bernd Engler und der Neuropathologe Prof. Richard Meyermann (Prorektor für Medizin und Strukturangelegenheiten) zu sehen.

Das ehemalige Rektorat, das bis zum 30. September die Amtsgeschäfte führte, fotografierte Katja Weber vor der Alten Botanik (linkes Foto): Ganz links steht Andreas Rothfuß, der 2003 für acht Jahre zum Kanzler gewählt wurde und damit für Kontinuität im neuen Rektorat sorgt, rechts daneben befinden sich die Mittelalterarchäologin Prof. Barbara Scholkmann (Prorektorin für Studium und Lehre), der Physiker Prof. Dieter Kern (Prorektor für Forschung), der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Eberhard Schaich, der gut sieben Jahre als Rektor agierte, sowie der Internist Prof. Teut Risler (Prorektor für Medizin und Strukturangelegenheiten). Die Amtszeit des neuen Rektors dauert sechs Jahre, die der neuen Prorektoren drei Jahre.

Die offizielle feierliche Rektoratsübergabe unter Mitwirkung von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg wird diesmal wegen Terminproblemen nicht am Dies Universitatis erfolgen, sondern in einem separaten Festakt am 17. November.

Für die Universitätszeitschrift attempto! bedeutet der Rektoratswechsel, dass nun der neue Rektor Bernd Engler auch Herausgeber der Zeitschrift ist und den Vorsitz im Redaktionsbeirat führen wird.

Unsere dritte Abbildung zeigt die Amtskette des Rektors, die Rektoratssekretärin Beate Weiss nun künftig Bernd Engler zu festlichen Gelegenheiten umlegen wird. Die Tübinger Rektorkette wurde zum 25-jährigen Regierungsjubiläum König Wilhelms I von Württemberg im Jahre 1841 von dem Stuttgarter Goldschmied W. Oechslin aus 20-karätigem Gold gefertigt. Sie besteht aus 18 Kettengliedern, deren Gelenke unter 17 Goldmuscheln verborgen sind. Das Mittelstück trägt das Wappen der Universität: Zweigekreuztes Szepter und die Beischrift UT (Universitas Tubingensis), auf der Rückseite ist das Gründungsjahr der Universität (1477) eingraviert. Das ovale Medaillon zeigt als Relief das Profil König Wilhelms I. Das kostbare Original der Amtskette befindet sich im Safe der Universität, getragen wird bei feierlichen Anlässen ein Duplikat.





Impressum

Attempto! ist die Zeitschrift der EBERHARD KARLS UNIVERSITÄT TÜBINGEN und der Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen e. V. (Universitätsbund).

Sie wird herausgegeben vom Rektor der Universität und erscheint zweimal jährlich zu Semesterbeginn.

ISSN: 1436-6096. attempto! im Internet:

www.uni-tuebingen.de/uni/qvo/ Redaktion: Michael Seifert (MS, verantwortlich), Janna Eberhardt (JE), Gabriele Förder (FÖR), Maximilian von Platen (MvP), unter Mitarbeit von Christiane Wild (CW) und Eva Kissel (KIS, Praktikantinnen)

Adresse: Wilhelmstr. 5, 72074 Tübingen, Tel.: (07071) 29-76789,

Fax: (07071) 29-5566,

E-Mail: Michael.Seifert@uni-tuebingen.de Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Jürg Häusermann, Frido Hohberger, Prof. Dr. Herbert Klaeren, Prof. Dr. Joachim Knape, Dietmar Koch,

Sigi Lehmann. Layout: Barbara Kalb.

Fotografen: Katja Weber, Dominik Rößler, Leonid Koller, Friedhelm Albrecht, Sascha

Bühler

Konzept und Beratung: nalbach typografik, Stuttgart.

Druck: LFC printmedien. Anzeigen: vmm wirtschaftsverlag

gmbh & co.kg Maximilianstraße 9 86150 Augsburg

Tel.: 0821/405-423

www.vmm-wirtschaftsverlag.de

Auflage: 11 000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Textabdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Bankverbindungen des Universitätsbundes: KSK Tübingen Nr. 110608,

Deutsche Bank AG Tübingen Nr. 1208080000.

Volksbank Tübingen Nr. 15818004.

Titelfoto: Katja Weber.



Topthema Hochschuldidaktik

Dem Topthema der letzen attempto!-Ausgabe »Das Recht auf gute Lehre. Was kann Hochschuldidaktik leisten?« wird Ende November eine vom Hochschuldidaktikzentrum der Universitäten des Landes Baden-Württemberg in Tübingen organisierte Tagung gewidmet sein. Unter dem Titel »Entwicklungs-linien der Hochschuldidaktik. Ein Blick zurück nach vorn« werden vom 29. November bis 1. Dezember 2006 Experten aus dem ganzen Bundesgebiet in Vorträgen die jüngere Geschichte der Hochschuldidaktik nachvollziehen, in Foren den aktuellen gesellschaftspolitischen Kontext diskutieren und in Workshops zukunftsweisende Konzepte und Ansätze präsentieren. Die Tagung versteht sich als eine Art Zwischenbilanz des seit Mitte der 90er-Jahre zu verzeichnenden Hochschuldidaktik-Booms.

Informationen zur Tagung: www.uni-tuebingen.de/hochschuldidaktik/ tagung2006.html



3. Auflage 2006. XXI, 217 Seiten. ISBN 3-16-149049-5 fadengeheftete Broschur

Ingo von Münch • Promotion

Der große Erfolg des Buches hat innerhalb kurzer Zeit eine Neuauflage erforderlich gemacht. Diese dritte Auflage berücksichtigt neuere Fälle und neu erschienene Literatur und gibt weitere Informationen zum immer neuen Thema Promotion.

»Umberto Eco hat Konkurrenz bekommen. Das ist umso erfreulicher, als sein Klassiker

www.mohr.de Maßgeschneiderte Informationen: www.mohr.de/form/eKurier.htm

Mohr Siebeck Tübingen info@mohr.de

(Wie man eine wissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt. Heidelberg, C.F.Müller 2002.) sich nicht in erster Linie an deutsche Doktoranden richtet. Dem soll das Werk von Ingo von Münch abhelfen. Die einzelnen Kapitel befassen sich – in noch weitaus augenzwinkernderem Stil als bei Eco – unter anderem mit der Frage, ob ein Mensch mit Doktortitel etwas Besonderes ist; sie gehen den Gründen für und gegen eine Doktorarbeit nach, behandeln den Doktorvater ebenso wie die Dok-

tormutter, widmen sich dem Thema der Dissertation, der Doktorandenbetreuung und das macht neugierig – den Doktorandinnen (in einem eigenen Kapitel!), der Finanzierung der Arbeit, den unvollendeten Arbeiten, [...] Während Eco also Wasser spendet, schenkt von Münch Sekt ein. Am Ende einer Doktorarbeit wird man beides getrunken haben: am Anfang Eco, am Ende von Münch.« Georg Neureither NJW 2003, 1026



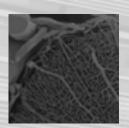
Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik



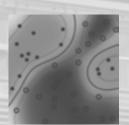
Grundlagen der Wahrnehmung



Das Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik ist mit vier internationalen und interdisziplinären Teams aus Biologen, Chemikern, (Bio-)Informatikern, Ingenieuren, Mathematikern, Medizinern, Physikern, Physiologen, Psychophysikern und Psychologen besetzt. 150 Wissenschaftler, Postdocs und Doktoranden forschen an der Aufklärung von kognitiven Prozessen auf methodischer, experimenteller und theoretischer Ebene.



Die Abteilung "Kognitive Humanpsychophysik" untersucht mit Hilfe moderner Computergrafik und Methoden aus der "Virtual Reality" fundamentale Prozesse unserer multisensorischen Wahrnehmung. Im Vordergrund stehen dabei die Fragen: Wie sind Objekte im Gehirn repräsentiert, so dass wir sie erkennen und manipulieren können? Wie integrieren wir die Information unserer verschiedenen Sinnesorgane, um ein konsistentes Bild unserer Umgebung zu schaffen?



Die Abteilung "Physiologie kognitiver Prozesse" beschäftigt sich mit der Wahrnehmung bei Primaten. Forschungsschwerpunkte bilden dabei die folgenden Fragen: Wo im Gehirn ist die visuelle Wahrnehmung repräsentiert? Welche neurophysiologischen Prozesse unterliegen der Integration von verschiedenen Sinnesreizen? Wie lernt das Gehirn? Diese Fragestellungen werden in kombinierten psychophysischen und elektrophysiologischen Experimenten unter Einbeziehung der Magnetresonanztomographie untersucht.



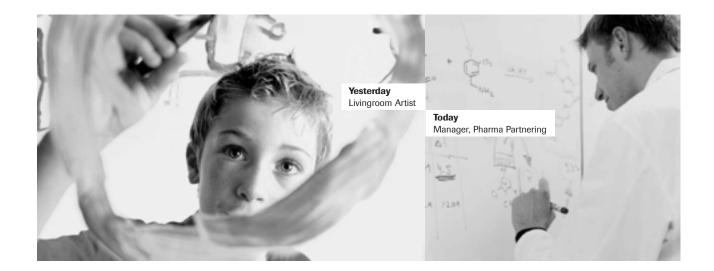
Statistische Lerntheorie und ihre Anwendungen sind Schwerpunkt der Abteilung "Empirische Inferenz". Hierunter fallen die Entwicklung von neuen Ansätzen im maschinellen Lernen, die algorithmische Modellierung von Wahrnehmungsleistungen sowie die Anwendung von Lernalgorithmen auf vielfältige Probleme vom Computersehen bis hin zur Bioinformatik.

Das neugegründete "Hochfeld-Magnetresonanz-Zentrum" beschäftigt sich mit der methodischen Entwicklung und Optimierung der bildgebenden Verfahren. Schwerpunkte bilden die Anwendung der Magnetresonanztomographie und -spektroskopie bei sehr hohen Magnetfeldern, um dadurch einen detaillierteren Einblick in die Funktion und den Stoffwechsel des Gehirns zu erhalten.

In Kooperation mit der Universität Tübingen bietet die *Graduate School of Neural and Behavioural Sciences* und die *International Max-Planck-Research-School* für Studenten und junge Wissenschaftler einen idealen Einstieg in die Forschung des Instituts.

Weitere Informationen unter www.kyb.mpg.de





ROCHE – WE INNOVATE HEALTHCARE. LET US INSPIRE YOUR CAREER.

Roche mit Hauptsitz in Basel, Schweiz, ist ein global führendes, forschungsorientiertes Healthcare-Unternehmen in den Bereichen Pharma und Diagnostika. Mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die der Früherkennung, Prävention, Diagnose und Behandlung von Krankheiten dienen, trägt das Unternehmen auf breiter Basis zur Verbesserung der Gesundheit und Lebensqualität von Menschen bei. Roche ist einer der weltweit bedeutendsten Anbieter von Diagnostika, der grösste Hersteller von Krebs- und Transplantationsmedikamenten und nimmt in der Virologie eine Spitzenposition ein.

Innovation ist der Schlüssel zum Erfolg – nicht nur in der Forschung und Entwicklung, sondern auch in der Gewinnung, Förderung und Begleitung der Mitarbeitenden.

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage: www.roche.ch, registrieren Sie sich einfach im Talentpool oder bewerben Sie sich unter: http://careers.roche.com/switzerland/

Ihre Ideen könnten Teil unserer Innovationen für die Gesundheit werden.



We Innovate Healthcare